

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRODER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

8. Jahrgang, Nummer 7

Z 2753 E

Bonn, im Juli 1960

INHALT

DAS VATERLAND — EIN IRRTUM DER VÄTER?

von Christian H. Guntersdorff S. 1

„GEHEIMDIPLOMATIE“ WIEDER GEFRAGT

von Wolfgang Höpker S. 4

WIDER DIE VERACHTUNG DES MENSCHEN

Kirchenkampf und Sozialisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone S. 5

GEDANKEN ZUR ENTWICKLUNG IN MITTELDEUTSCHLAND

von Siegfried Dübel S. 10

DAS VATERLAND — EIN IRRTUM DER VÄTER?

von Christian H. Guntersdorff, Bonn

Wer das Wort „Vaterland“ heute in der Öffentlichkeit ausspricht, der tut das nur zögernd. Es ist offenbar nicht nur die Scheu vor großen Worten, die den Redner behindert. Er stockt wohl auch, weil er Mißverständnisse befürchtet. Die will er im vorhinein ausräumen. Deshalb beginnt er, den Begriff „Vaterland“ zu erläutern, er grenzt ihn ab gegen etwaige Mißdeutungen und versucht dann auch noch, ihn zu reinigen, so als ob er befleckt wäre. Fast hat es den Anschein, als ob der Redner sich vor seinen Zuhörern rechtfertigen müsse, weil er sie an ein Wort erinnert, das ihnen fremd geworden ist.

Kein Zweifel, das Wort „Vaterland“ ist nicht mehr selbstverständlich, es bedarf offenbar des Kommentars. Warum? Weil viele sich verschließen, wenn Worte fallen, mit denen einst böser Mißbrauch getrieben worden ist? Sicher gehört dazu auch das Wort „Vaterland“; auch mit ihm ist Schindluder getrieben worden. Wie oft drang

es verzerrt und verlogen an unser Ohr, sei es im näselnden oder schnarrenden Ton einer Vorgesetzten-Stimme, sei es im überhitzten Geschrei tosender Versammlungen. Oft wurde es nur beschworen, um die Zweifel an denjenigen niederzuzwingen, die sich des Vaterlandes mit Gewalt und List bemächtigt hatten. So haben denn viele das Wort „Vaterland“ seit langem beiseitegeworfen. Es liegt abgetan und entleert unter einem Scherbenhaufen, den fortzuschaffen die Zeit noch nicht gereicht hat.

Die Trümmer der Städte sind fortgeräumt, Häuser und Produktionsstätten moderner denn je errichtet. Anderes ist darüber zu kurz gekommen. So liegt denn auch die „deutsche Geschichte“ gleich einem Abfallhaufen da, von dem — begänne man, ihn abzutragen — nach weit verbreiteter Resignation nur lähmende Erinnerungen aufsteigen könnten. Also ließ man ihn liegen. Die Frage

aber ist, ob wir alles und jedes, was unter ihm verschüttet ist, weiterhin unbeachtet lassen dürfen; ob wir der geschichtlichen Erinnerungen und eines Geschichtsbildes länger entbehren können, und auch einer Antwort darauf, was denn des Deutschen Vaterland sei.)*

*

Gewiß haben einige wenige in den vergangenen Jahren klar und vernehmbar vom Vaterlande gesprochen. Das aber wurde als so ungewöhnlich empfunden, daß die Tatsache zuweilen ausdrücklich vermerkt worden ist. Und es wurde einem bedeutet, daß heutzutage, wo es darum gehe, seinen Zuhörern nach dem Munde zu reden, eigentlich Mut dazu gehöre, vom Vaterlande zu sprechen.

Ob der Eindruck wohl zu Recht besteht, daß in den vergangenen Jahren einzelne Emigranten das Wort „Vaterland“ unbefangener auszusprechen vermochten als zahllose der im Lande Verbliebenen? Wir erinnern uns zum Beispiel der Rede, die Thomas Mann am 25. Juli 1949 in der Paulskirche gehalten hat. In ihr wandte er sich gegen den Vorwurf der „Preisgabe meines Vaterlandes“ und erklärte, daß „ich nicht, wie böse Unwissenheit mir vorwirft, aus sicherer Ferne mein Vaterland, Deutschland, ... beschimpft, verraten und verleugnet habe, sondern daß jeder Schimpf, jedes heiße Wort des Zornes und des Abscheus ... nur den machthabenden Verführern Deutschlands und ihren Untaten galt“.

Es stellt sich hier auch die Erinnerung ein an den 1950 verstorbenen Albrecht Schaeffer. Er war nach

*) Vgl. dazu auch die Beiträge von Ulrich Mann, Franz Meyers und Edo Osterloh in der letzten Ausgabe.

Amerika gegangen und kehrte nach dem Kriege zurück, ein Rückkehrer ohne Ressentiment und, wie eine große Zeitung damals schrieb, ein Rückkehrer aus Liebe. Auf der Heimreise entstand seine „Ballade von Deutschland“. In ihr stellt er angesichts des schuldbeladenen, hart geschlagenen und aus vielen Wunden blutenden Deutschland die Frage:

*Deutschland, Kepler, Kant und Goethe,
Orgel Bachs und Mozarts Flöte,
Huttens Geist und Holbeins Schöne,
sind sie alle nicht mehr wahr?
Stehn sie nicht, die selig Freien,
auf den himmlischen Basteien,
Strenge blickend auf die Söhne,
Unverwelkbarkeit im Haar?*

Der Dichter sagt seinem Lande, daß „All was jemals überschwenglich stieg aus dir ins Sternenjahr“ mitgewogen werde auf jener Waage, die den Völkern zuteile „Schuldenlohn und Gnadenlohn“.

*Wenn die Schalen das nicht wögen,
wären sie in Menschenhand.*

Die beiden letzten der sieben Strophen lauten:

*In der Welt bist du in Stücken,
kannst dir Dorn und Distel pflücken,
Von den Scherben deiner Städte,
wenn dir Asche blüht und Blut.
In der Welt liegst du gesteinigt;
was dich richtet, was dich reinigt,
Deine strahlenden Gebete
bleiben ewig groß und gut.*

NERVOSITÄTEN

„Jede Epoche hat ihre Nervositäten, ein Vokabular verbannter Worte. Diese jeweilige Mode des Gemiedenen spiegelt die innersten Ängste der Zeit, also aktuelle Schwächen.

Spricht man zum Beispiel nicht von der Ehre — und wenn, nur peinlich oder spöttisch, was daselbe ist —, wurde irgendwann vorher zuviel von ihr geredet. Die Ehre kann zwar nichts dafür, doch schämt der Mensch sich gern für andere, eh' er sich selbst einfällt.

Spricht man nicht von der Tapferkeit — und wenn, wie von einer dummen Seuche, die nur bei Marketerinnen einzuhandeln ist —, wurde irgendwann vorher mit der Münze des Mutes schlechte Ware bezahlt. Also ächtet man den Mut statt die Feigheit, die die Tyrannis profitieren ließ.

Tapferkeit ist noch keine Tugend. Aber es gibt keine Tugend, die nicht der Tapferkeit bedürfte.

Spricht man nicht mehr vom Vaterland — und wenn, wie von einer fragwürdigen Berühmtheit im Wachfigurenkabinett —, schrie irgendwann vorher das freie Land um Hilfe, doch seine Leute standen still in schwarzer Uniform. Und wer heult schon am Grabe seines Opfers? Verrat setzt voraus, daß er sich hinterher nicht einmal zu genieren weiß.

Der Alltag braucht nicht die großen kosmopolitischen Scheine, sondern vor allem vaterländisches Kleingeld.

Seine Gefühle einzäunen, heißt sie realisieren.

Den Patriotismus zu verleugnen, weil der Nationalismus ihn mißbraucht hat, entspricht dem Höhenflug einer Intelligenz, die den Verkehr verbieten möchte, weil auf der Straße manches Unglück geschieht.“

HANS KASPER in der
„Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

*Werkstück keines Waffenschmiedes,
sag', o Lied, den Sinn des Liedes,
Wie er mich als Knaben freute,
fromm im Sängchor gestellt:
Deutschland, heiliges Kind der Schmerzen,
über alles uns am Herzen,
Warst Du's je, so bist du's heute:
Über alles in der Welt.*

Die „Ballade von Deutschland“ — verwandt mit Schillers Fragment „Deutsche Größe“ — ist entstanden zu einer Zeit, als man noch glaubte, dem deutschen Volk eine neue Nationalhymne geben zu müssen; als dies mißlang, ließ man es beim Deutschlandlied bleiben, aber nur bei seiner dritten Strophe. Wo aber auch die erste und zweite Strophe erklangen, da sahen manche darin schon eine Entgleisung, äußerst peinlich und deshalb mit harten Worten zu rügen!

*

Wie schwer sich die Deutschen tun! Daß es nicht nur die Scheu vor einem vermeintlichen Pathos ist, die sie hindert, das Wort „Vaterland“ auszusprechen, dessen ist sich Professor Helmut Thielicke sicher. Er hält es „für eine der problematischsten Seiten unserer seelischen Situation, daß das Trauma unserer nazistischen Vergangenheit uns dazu gebracht hat, das Wort ‚Vaterland‘ in Frage zu stellen“. „Die Bemerkungen“, so fährt er fort, „mit denen dieses Wort von nicht wenigen Vertretern unserer jungen Generation traktiert zu werden pflegt, sind nur als zynisch zu bezeichnen.“ Gewiß, so ist es zuweilen: zynisch und boshaft die einen, gelangweilt oder leicht amüsiert die anderen.

In dem Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Bundestages ist zu lesen, daß die Bereitwilligkeit, den Wehrdienst zu leisten, bei der Jugend vorhanden sei; er beruhe überwiegend auf der Anerkennung einer gesetzlichen Pflicht, nicht aber auf „einer idealistisch angelegten oder gar sentimental gefärbten Bindung an die Gemeinschaft, an Volk oder Vaterland“.

Das wird so sein!

Wer einmal Gelegenheit hatte, einer politischen Diskussion unter Studenten beizuwohnen, dem mag, sofern er zu den nachsichtig belächelten altmodischen Leuten gehört, das seltsam verdünnte Vokabular aufgefallen sein, dessen sie sich dabei bedienen. Mit beachtlichem Geschick vermeiden sie es, bei bestimmten Formulierungen vom „Staat“ zu reden; es heißt heutzutage nicht mehr: „dem Staat dienen“, sondern: „der Gemeinschaft dienen“. Sie hüten sich auch, vom „Volk“ zu sprechen, da reden sie schon lieber von „Gesellschaft“.

Und das Wort „Vaterland“?

Ach, Vaterland! Das ist ja doch nur ein Irrtum der Väter!

*

In der Tat, die Väter kannten dieses Wort, und zwar lange vor jedem Nationalismus. Allerdings hieße es ungeschichtlich verfahren, erwartete man, daß alle das Wort mit dem gleichen Gefühlston ausgesprochen hätten. Aber immerhin, sie kannten es, sie mieden es nicht, und selbst in Stunden der Bitterkeit sprachen sie es mit Achtung. Mozart schrieb an seinen Vater: „Will mich Deutschland, mein geliebtes Vaterland, worauf ich (wie

Sie wissen) stolz bin, nicht aufnehmen, so muß in Gottes Namen Frankreich oder England wieder um einen geschickten Deutschen mehr reich werden; und das zur Schande der deutschen Nation.“ Hölderlin bekannte einem Freund bei der Abreise nach Bordeaux: „Ich habe lange nicht geweint. Aber es hat mich bittere Tränen gekostet, da ich mich entschloß, mein Vaterland noch jetzt zu verlassen, vielleicht auf immer. Denn was hab ich Lieberes auf der Welt? Aber sie können mich nicht brauchen.“

*

Diese historischen Zeugnisse mögen in vielen Augen verstaubter Plunder sein, vergilbte Blätter, geeignet nur noch als Erbauungslektüre der Vergreisten, des sinkenden Lebens. Nun, wer nicht historisch zu denken und die Geschichte nicht als einen Teil des eigenen Daseins zu begreifen vermag, der wird sicher verständnislos blicken, wenn ihm gesagt wird, daß das Vaterland nicht nur das Land der Lebenden ist, sondern auch das Land der Väter, der Ahnen. Um es zu kennen, bedarf es nicht nur des Wissens politischer Historie, sondern auch der Kenntnis der deutschen Geistesgeschichte. Diese ist ja, nach einem erhellenden Wort, die deutsche Geschichte noch einmal, und zwar auf einer Stufe höherer Selbstkenntnis und tieferen Selbstbekenntnisses — ein gesteigertes Abbild der Geschichte unseres Volkes. Auch das scheint vergessen.

Vor ein paar Wochen mahnte Bundesinnenminister Dr. Schröder in Ludwigshafen die Jugend, „daß uns mit dem Volke, in das wir geboren sind, ein gemeinsames geistig-kulturelles Erbe verbindet. Ein jeder von uns, an welcher Stelle er auch stehen mag, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht, ist von diesem Erbe mitgeprägt... In der Sprache, der wir uns bedienen, haben die Erlebnisse und Erfahrungen vieler Jahrhunderte Gestalt gewonnen. Hinzu kommen Einrichtungen und Überlieferungen mannigfacher Art. Ich meine hier all das, was wir mit den Worten Heimat, Vaterland verbinden.“

Das ist eine notwendige Mahnung angesichts heutiger Ahnungslosigkeit, die zumal der Jugend alles bewahrende Bemühen mit behendem Spott als eine gegenwartsfeindliche „Restauration“ verdächtig zu machen sucht. Die Erinnerung liegt nahe an das im 19. Jahrhundert mit schneidender Verachtung gesprochene Wort: „Wer vom Pöbel ist, dessen Gedanke geht zurück bis zum Großvater, — mit dem Großvater aber hört die Zeit auf. Also ist alles Vergangene preisgegeben: denn es könnte einmal kommen, daß der Pöbel Herr würde und im seichten Gewässer alle Zeit ertränke.“ Sollte dieses harte Wort etwa schon für eine nahe Zukunft gesprochen sein?

Ein Zeitalter geht zu Ende. Vieles wird fortgeschwemmt. Darunter ist mancherlei, um das es wahrhaftig nicht schade ist, da es die so bitter notwendige Klärung unseres geschichtlichen Selbstverständnisses nur behindern könnte. Wer aber dem Strom des Vergessens unsere gesamte Geschichte und Tradition überantworten möchte, weil er sie als lähmende Last fürchtet oder als verstaubten Plunder mißachtet, der sei gewarnt. Das Vaterland — nur ein Irrtum der Väter? O nein, wer es für sich kurzerhand ausgelöscht hat, der hat das verbindende Gedächtnis verloren. Er kennt seine Herkunft nicht. Wie will er sich dann eines Zieles für die Zukunft bewußt sein?

„GEHEIMDIPLOMATIE“ WIEDER GEFRAGT

von Dr. Wolfgang Höpker, Bonn

Angesichts des Scherbenhaufens des Gipfeltreffens, der ausgefallenen Moskaufahrt Eisenhowers, des Tokioer Debakels hat Christian Herter eine radikale Schlußfolgerung gezogen. Die USA gäben, erklärte der Chef des amerikanischen Außenamtes, die persönliche Diplomatie auf hoher Ebene auf und kehrten zu den traditionellen Formen der Diplomatie zurück. Es bedurfte der jähren Rückschläge, der Beleidigungen des amerikanischen Präsidenten, um eine ganze Ära der Außenpolitik in Frage zu stellen. Man ist der Besuchs-, der Reise-, der Konferenzdiplomatie leid geworden. In Amerika, in der ganzen westlichen Welt nagen die Zweifel, ob das ständige Umherreisen der Politiker noch sinnvoll ist, ob es dem Ziel: der Schaffung einer stabilen Friedensordnung, wirklich gedient hat, oder ob man sich nicht das Gesetz des Handelns von Methoden diktieren ließ, die einer wohlverstandenen Außenpolitik zutiefst fremd sind.

Das hektische Tempo der modernen Außenpolitik mit der Ozeane und Kontinente überquerenden Düsenmaschine als Symbol macht heute einen Außenminister zum fliegenden Oberbotschafter seines Landes. Seine Tätigkeit ist zu einem „ambulanten Gewerbe“ geworden, und fast läßt sich sagen, daß ein Außenminister sein Außenamt nur noch von draußen sieht. Christian Herter hat jüngst bitter geklagt, daß er bisher mehr als dreißig Prozent seiner Amtszeit außer Landes, im Flugzeug, auf Konferenzen, in den Fängen des Protokolls, zugebracht habe. Wir leben in einem Zustand der Konferenzen in Permanenz. Nicht nur die Außenminister, auch die Regierungschefs treffen sich in immer kürzer werdenden Abständen. Darüber türmt sich die Gipfeldiplomatie, die die Staatshäupter unter dem Scheinwerferlicht der Fernsehoperateure und unter übersteigerten, künstlich hochgepeitschten Erwartungen der Öffentlichkeit an einen Konferenzstisch bringt. Die Staatsoberhäupter werden in die Außenpolitik, in die Feuerlinie des Tageskampfes, einbezogen, die oberste Autorität wird in die Waagschale geworfen, es gibt keine unantastbare Instanz mehr.

Wie gefährlich dieser Verzicht auf jede Reserveposition ist, hat die jüngste Phase der Weltpolitik erschreckend demonstriert. Ist der Gipfelrausch einer tiefen, heilsamen Ernüchterung gewichen? Rückkehr zu den traditionellen Formen der Diplomatie — so soll nun die Nutzenanwendung heißen. Fast schien man vergessen zu haben, daß es Auslandsmissionen, Botschafter gibt, deren Handwerk die Pflege und der Ausbau diplomatischer Kontakte ist. Allorts tauchten die Außenminister selbst auf, so daß für sie, wie es ein englischer Diplomat ausdrückte, „ein Botschafter bald kaum mehr als ein Butler, ein distinguiert Hausmeister“ sein konnte. Die Leute vom

Fach, die Professionells der Diplomatie, wurden nur noch am Rande, quasi als Hilfskräfte, gebraucht. Je üppiger die Besuchsdiplomatie gedieh, desto mehr ist der Botschafter zu einem deklassierten Stand geworden.

Zum klassischen Repertoire der Staatskunst (zu dem man nun laut Herter zurückfinden möchte) gehört die Geheimdiplomatie. Sie kam so in Verruf, daß am Ende des Ersten Weltkrieges unter dem Einfluß von Wilsons 14 Punkten alle Welt ihre Abschaffung verlangte. Die vierzig Jahre seither haben uns eines anderen belehrt. Die ihrer Geheimnisse entkleidete Diplomatie geriet in den Bannkreis der Straße — wofür sowohl der Siegeszug der Massendemokratie wie die Methodik der Diktatur sorgte. Freilich war in jenem Prozeß, da Diplomatie zu Propaganda wurde, die Demokratie von vornherein dem totalitären System unterlegen. Wie gestern Hitler, so redet heute Chruschtschow zum Fenster heraus. In der Besuchsdiplomatie sieht der Kremlchef eine prächtige Chance, sich durch eine scheinbar schrankenlose Offenheit bei den Massen der gegnerischen Länder populär zu machen und von der Friedenssehnsucht der Völker zu profitieren — während das Sowjetimperium genau die gleiche pausenlos rüstende Geheimmacht geblieben ist, die es von Anbeginn an war.

Es gibt in der Nachkriegsgeschichte wohl nur ein Beispiel, daß Ost und West sich auf einen Akt der Geheimdiplomatie einigten. Das war im Februar 1948, als in New York, im Vorraum der UNO, der Sowjetvertreter Malik und, als Trumans Vertrauensmann, der Völkerrechtsexperte Professor Jessup über die Aufhebung der Berliner Blockade verhandelten, die dann drei Monate später Tatsache wurde. Irrealer denn je ist heute, im Sommer 1960, die Hoffnung, West und Ost könnten sich in einem sorgsam abgedichteten Verfahren auf gemeinsame Formeln einigen, die, ehe sie einem sensationsfreudigen Publikum enthüllt und in der Propagandamühle zerredet sind, dem Kalten Krieg Fesseln anlegen. Aber der Westen hätte die Möglichkeit, seine eigenen Aktionen der Neugier der Straße zu entziehen und sie auch den heute so modischen Pressekonferenzen erst dann zu präsentieren, wenn sie wirklich ausgereift sind.

Die Kabinettsdiplomatie mit ihren verschlossenen Türen war so schlecht nicht, wie sie später von ihren Verächtern dargestellt wurde. Von ihren hausbackenen Rezepten könnte die Demokratie manches zu ihrem Nutzen übernehmen. Ein Wandel des diplomatischen Stils in Rückbesinnung auf traditionelle Formen — das wäre ein Wandel vom Lauten zum Stillen, von der Effekthascherei zur zähen, sachlichen Arbeit zünftiger Diplomatie.

WIDER DIE VERACHTUNG DES MENSCHEN

Kirchenkampf und Sozialisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone

von * * *

Das Menschenbild zwischen Ost und West

Man kann den eigentlichen Unterschied zwischen dem östlichen und dem westlichen Staats- und Gesellschaftssystem auf die Stellung und Bewertung des Menschen zurückführen. Ob der Mensch Mittel zum Zweck oder Maß aller Dinge ist — das ist Gegenstand des gegenwärtigen weltpolitischen Kampfes. In dieser Zuspitzung liegt der Entscheidungscharakter der Weltsituation begründet, in der weder Völker noch Einzelne im Ernst neutral bleiben können. Neutralität kann es nur im Sinne einer politischen oder strategischen Methode, nur zur Verhinderung einer äußersten Weltkatastrophe, nur im Dienste eines möglichst guten Ausgangs, nicht aber aufgrund von Nichtbetroffensein und nicht als Ausdruck bewußter Entscheidungslosigkeit geben. So betrachtet ist auch deutlich, daß die Auseinandersetzung nicht im bloßen Wettlauf des Militärpotentials, der Sozialordnung oder gar der Konsumgüterproduktion entschieden wird. Entscheidend ist der Wille, sich als Mensch behaupten zu wollen, alles andere ist nur Instrument und Konsequenz dieser sittlichen und geistigen Vorentscheidung.

Wer geistig überlegen ist, kann Simplifizierungen entbehren. Auch wo eine totalitäre Staatsmacht um ihrer Ideologie willen das Eigenleben des einzelnen Menschen absorbiert oder gar eine ordinäre Funktionärsoligarchie den Menschen zum drangsalieren Objekt degradiert, bleibt Raum für Beispiele dienender Liebe, für das Pathos eines echten Sendungsbewußtseins, für Relikte einer Hoffnung auf die Zukunft. Aus diesen Trümmern setzt der Mensch immer wieder unermüdlich ein Ganzes zusammen, von ihnen lebt der Einzelne wie im Windschatten der Inkonsistenzen der herrschenden Mächte. Auf der anderen Seite erweist sich das Ideal eines liberalen Menschenbildes als undurchführbar. Der Einzelne schuldet den Erfordernissen des Zusammenlebens ein Mindestmaß an Verzicht auf eigene Freiheit. Hinzukommt, daß die moderne freiheitliche Demokratie den Gesetzen der industrialisierten Massengesellschaft verfallen ist, die neue Abhängigkeiten von Mächten meist anonymer Natur schafft. Wie weit dem Menschen Raum für eigene wirksame Wissensentscheidungen über sein Leben verbleibt, wie weit die sittliche Norm unabhängige Entscheidungskraft über politische Fragen besitzt, ist auch in der westlichen Welt zum Problem geworden.

Qualitativer Unterschied

Wer nicht nur in schwarz und weiß malen will, darf andererseits nicht alle Katzen für grau erklären. Es ist ein qualitativer Unterschied, ob eine mit uneingeschränkten Machtmitteln und mit dem Willen zur Perfektion ausgestattete Staats- und Gesellschaftsideologie dem einzelnen Menschen nur noch zufällig, aus Inkonsistenz und aus Rücksicht auf gegenwärtig noch entgegenstehende Realitäten einen bescheidenen eigenen Existenzraum beläßt, oder ob die Grenze zwischen dem Recht des Einzelnen auf der einen Seite und seiner Sozialverpflichtung auf der anderen Seite prinzipiell respektiert wird, wo auch immer sie verlaufen mag. Es liegt aber eine Ironie darin, daß der Osten viel stärker als der Westen davon durchdrungen ist, einem überzeugenden Menschenbild zu dienen, und auf seine Begründung eine respektable Intellektualität verwendet.

Doch der zugrunde liegende materialistische Monismus duldet kein Gegenüber des Einzelnen zur Gesellschaft,

der sittlichen Bindung zum Zwangsablauf der Geschichte, des Geistes zur Materie. Der Mensch und seine Ordnung, Recht und Gewissen, Eigentum und Arbeit, Sprache und Kultur: alles wird zur Funktion der ökonomisch verstandenen Gesellschaft, zum bloßen „Wie“ des gesetzmäßigen Ablaufs der Geschichte. Das humanistische Pathos der marxistischen Frühzeit endet in einer widerlichen Phrase, in einer Umkehrung der Begriffe und in einer grotesken Sprachverwirrung. Die Utopie einer diesseitigen Eschatologie will die Menschheit beglücken und löscht darüber aus, was den Menschen zum Menschen macht. Das Dogma von der Manipulierbarkeit des Menschen mordet die Seele.

Eine Frage auf Leben und Tod

Ob der Westen diesen Kern der gegenwärtigen Weltspannungen erkennt, seine eigene geistige Mitte klärt und danach handelt, ist für ihn eine Frage auf Leben und Tod. Aber wie weit ist er faktisch in seinen Lebensgewohnheiten und seinem geistigen Zuschnitt bereits dem marxistischen Grunddogma von der materialistischen Bestimmtheit des Lebens verfallen? Man leistet sich den Luxus eines Streites darüber, ob man dem Bolschewismus besser mit politischen und militärischen Machtmitteln oder besser mit wirtschaftlichem Fortschritt und sozialen Errungenschaften begegnen soll. Dabei gibt es auf dieser instrumentalen Ebene keine Alternativen, sondern nur ein vernünftiges Rechnen mit den Möglichkeiten. Entscheidend sind allein die sittliche Überzeugung und der Wille, den Menschen nicht zu einer biologischen Existenzweise erniedrigen zu lassen. Dem von Chruschtschow angebotenen ökonomischen Wettlauf kann man gewiß nicht ausweichen, zumal im Blick auf die Entwicklungsländer. Aber wer ihn für entscheidend hält, soll darauf erst gar keine Kraft verwenden, da er das Gesetz des Gegners bereits übernommen hat.

Die theologische Dimension

Die bisherige Überlegung hatte von Anfang an eine theologische Dimension. Was der Mensch ist, erfährt er nicht von sich selbst. Die Wechselbeziehung zwischen Ich und Du gehört zum Wesen des Menschen, sie gründet in der Ansprechbarkeit durch Gott und im Hören auf ihn. Personsein und Gottebenbildlichkeit sind identisch. Damit wird der zunächst verwunderlich anmutende Satz, den der amerikanische General Mac Arthur nach der Eroberung von Japan 1945 offenbar im Blick auf die Entfesselung der Atomkraft gesprochen haben soll, auch für den Ost-West-Gegensatz bestätigt: „Wir stehen vor einer weltpolitischen Aufgabe, die nur noch theologisch bewältigt werden kann.“ Und es sollte nicht als Wahlschlager diskreditiert werden, wenn man meint, dem Bolschewismus könne man wirksam nur noch aus christlicher Bindung begegnen.

Natürlich gibt es keinen kirchlich gesteuerten Kreuzzug gegen den Osten. Auch das Wort von der Verteidigung des christlichen Abendlandes ist problematisch. Der Glaube an Christus läßt sich nicht mit politischen Mitteln verbreiten und liefert keine unmittelbaren Lösungen für politische Aufgaben. Aber es gibt Grunddaten des Menschenbildes, die die Christenheit mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit zu vertreten hat, wenn sie die Offenbarung Gottes und ihren Glauben an den Schöpfer der Welt noch ernst nimmt.

Christliche Existenz — ein politischer Faktor

Deshalb bedarf der Satz von dem Menschen als dem Maß aller und damit auch der politischen Dinge noch einer präzisen Qualifizierung. Gott will den Menschen in einer irdischen Ordnung leben lassen, die ihm die Freiheit der Glaubensentscheidung für das Heil in Christus läßt. In diesem Satz liegen wesentliche Grundlinien für eine am Menschen ausgerichtete irdische Ordnung beschlossen. Die Existenz der Kirche verweist das Staatswesen in die Grenzen einer echten Weltlichkeit, es entbehrt jeder Heilsbedeutung. Daß das ewige Heil nur in Christus erlangt wird, erweist jeden staatlichen Totalitätsanspruch bereits als widergöttliche Selbstvergötzung. Seine auf die irdischen Dinge beschränkte Kompetenz hat zur Folge, daß der Staat ebensowenig selbst Aufgaben der Kirche übernehmen soll, wie er Atheismus oder ein anderes Glaubensbekenntnis befördern und die Reaktionen des Gewissens bestimmen oder gar ausschalten darf.

Freiheit der kirchlichen Verkündigung, Freiheit der Glaubensentscheidung und Freiheit zur Entfaltung christlicher Lebensinhalte sind absoluten göttlichen Rechts. Es ist leicht erkennbar, daß damit aber andere menschliche Grundfreiheiten in einem unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang stehen. Deshalb ist es nicht zufällig, daß eine Begrenzung oder gar Aberkennung dieser spezifisch christlichen Freiheiten früher oder später zu weiteren Freiheitsbeschränkungen führt. Die christliche Gemeinde ist schon durch ihre bloße Existenz ein politischer Faktor, der ihr eine unausweichliche Mitverantwortung für das menschliche Maß politischen Handelns auferlegt.

Legalisiertes Unrecht

Es ist nicht verwunderlich, daß es am Recht und an den Freiheiten des Menschen zum Zusammenstoß zwischen Kirche und Staat in der „DDR“ kommt. Dabei muß man beachten, daß das Wesen des dortigen Staatssystems gar nicht so sehr in sensationellen Einzelsvorkommnissen als vielmehr in dem zielbewußten Ausbau seiner Rechtsordnungen faßbar wird. Der totalitäre Staat hat Möglichkeiten genug, Unrecht streng legal zu begehen. Der Gegner des Unrechts wird zum Rechtsbrecher und Feind der Gesellschaft gestempelt.

Alle Lebensäußerungen der Kirche, die über den engen Bereich eines geschichtslosen esoterischen Eigenlebens hinausgehen, sind jeweils genehmigungspflichtig und damit der oft entwürdigenden Willkür des politischen Funktionärs unterworfen, wobei je nach Bedarf die örtliche Stelle auf die Zentrale, die Zentrale auf die örtliche Stelle verweist. Kirchlicher Unterricht und Jugendarbeit, Presseerzeugnisse und Buchveröffentlichungen, gesamtkirchliche Verwaltung und ökumenische Beziehungen, Finanzwesen und Liebesarbeit, was auch immer man aufzählen will: alles unterliegt ständigen Eingriffen und Verboten, Zwangsaufgaben und Kontrollen.

Seit zwei Jahren ist kirchlichen Stellen keinerlei Baugenehmigung mehr erteilt worden, dafür mehren sich die Fälle willkürlicher Beseitigung von kirchlichen Gebäuden aus „städtebaulichen Gründen“. Das Wort „Mission“ muß in den kirchlichen Veröffentlichungen unterdrückt werden. Gebete für Zeiten der Not und des Krieges werden beim Druck von Agenden beanstandet, da es Notzeiten in sozialistischen Ländern nicht mehr gäbe und Kriege nur noch als gerechtfertigte Verteidigungskriege gegen kapitalistische Angriffe oder als sozialistische Befreiungskriege geführt werden würden. Schriften von Luther werden als „undemokratisch“ beschlagnahmt. Versetzungen von Amtsträgern werden durch schikanöse Zuzugsverweigerungen verhindert. Die Seelsorge in Krankenhäusern und Altersheimen wird ausgeschaltet.

Mitten in der Welt des 20. Jahrhunderts ist hier ein Staatswesen entstanden, in dem ein ununterbrochen diffamierter Bischof nicht die Möglichkeit öffentlicher Richtigstellung hat; in dem gefälschte kirchliche Erklärungen zu politischen Angelegenheiten veröffentlicht werden; in dem Synoden offen unter Druck gesetzt werden; in dem Angehörige bestimmter Berufsgruppen zum Kirchenaustritt veranlaßt werden; in dem leitende Staatsmänner in fast jeder längeren öffentlichen Rede den christlichen Glauben und die christlichen Bürger ihres Landes verhöhnen und beschimpfen; in dem die Kinder durch eine ausgeklügelte Schulorganisation der Familie und der Kirche völlig entzogen werden. Ja, man muß sagen, daß dieser atheistische Staat sich selbst als Gegenkirche mit erzwungenen Bekenntnissen und Weihehandlungen etabliert.

Rechtsunsicherheit als System

Alles das sind nur Beispiele, man könnte die Aufzählung beliebig lange fortsetzen. Dabei gehört es mit zum System, daß die rechtlichen Möglichkeiten zur Unterdrückung der Kirche nicht in jedem Augenblick und nicht immer gleichmäßig ausgeschöpft werden, um auf diese Weise den bekämpften Gegner zu irritieren und ein Gefühl allgemeiner Rechtsunsicherheit zu verbreiten. So erklärt es sich auch, daß etliche Einzelgänger unter den leitenden Kirchenmännern in verwunderlicher Verblendung und Weltfremdheit opportunistische Einzelzugeständnisse für Anzeichen eines grundsätzlichen Gesinnungswandels oder doch für eine ausreichende Grundlage zur Verständigung halten. Die daran aufbrechenden innerkirchlichen Differenzen sind wiederum ein Kampfmittel in der Hand dieses Staates.

Das Ziel ist klar: Indem man der Kirche jede Berechtigung bestreitet, sich zu politischen und erzieherischen Fragen anders als zustimmend zu äußern, soll sie auf den Status einer rein musealen Existenz zurückgeführt werden, bis sie nach der ursprünglichen Erwartung des Marxismus in der neuen sozialistischen Gesellschaft als unnötig vollends abstirbt. Man sieht auch hier, wie in der „DDR“ mit besonderer Inbrunst die klassischen Dogmen des Marxismus geglaubt und angewandt werden.

Vorgänge von prinzipieller Bedeutung

Wer wollte bestreiten, daß der Kirchenkampf in der Zone nicht nur eine den eigentlichen Auftrag der Kirche berührende seelsorgerische und nicht nur eine den Bestand der Institution betreffende kirchenorganisatorische Seite hat. An der Deklassierung der Christen zeigt sich paradigmatisch das Maß, in dem die östliche Ideologie zu einer Verachtung des Menschen und zu einer kaltblütigen Beseitigung seiner selbstverständlichen Rechte fähig ist. Was hier institutionell greifbar und dokumentarisch nachweisbar vor Augen liegt, hat sich ebenso bereits in der Degradierung des Rechts zur Hure der Macht, in der willkürlichen Behandlung des Eigentums, in der Mißhandlung von Wissenschaft und Kultur vollzogen.

Die Vorgänge in der „DDR“ sind von prinzipieller Bedeutung für die Beurteilung unserer eigenen politischen Aufgabe. Wo es schwerfallen will, das politische Anliegen einer deutschen Wiedervereinigung überzeugend zu vertreten und von Mißverständnissen freizuhalten, da zeige man, daß die übrige Welt nur um den Preis der Selbstaufgabe gegenüber dieser Schande unseres Jahrhunderts zur Tagesordnung übergehen kann. Über die sittliche Beurteilung und tatsächliche Angemessenheit der Mittel, mit denen sich die Bundesrepublik und überhaupt die freien Völker der Welt einer weltpolitischen Entwicklung erwehren, die auch sie zu Objekten der bolschewistischen Heilslehre machen würde, kann man eine gewiß notwen-

DIE CHRISTLICHEN GRUNDLAGEN
DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

VON

FRANZ ETZEL

BUNDESMINISTER DER FINANZEN

VORTRAG AUF DER LANDESTAGUNG
DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU DES RHEINLANDES
AM 18. JUNI 1960 IN KÖLN

DIE CHRISTLICHEN GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

I. Fragen an die Gegenwart

Am Anfang der folgenden Gedanken stehen zunächst zwei Fragen. Die eine lautet: „Gibt es eine von ethischen Bindungen freie Wirtschafts- und Finanzpolitik?“ Die andere lautet: „Wenn auch das Wirtschaften ethischen Normen unterliegt, wie weit ist es dann vom Christentum geprägt?“

Betrachten wir die erste Frage: In der Wirtschaftswissenschaft herrscht eine große und bedeutende Denkrichtung, die wirtschaftliches Geschehen und wirtschaftliche Entwicklung nur aus sich selbst heraus verstanden wissen will. In der Wirtschaftspolitik hat die Auffassung von einer Lebensgestaltung ohne überirdische Bindungen besonders stark und scheinbar überzeugend Fuß fassen können. Die Rechenhaftigkeit — als alleiniger Denksatz allen Wirtschaftens —, der Glaube des Liberalismus an die prästabilisierte Harmonie, der Glaube des Marxismus an ein lediglich von den Gesetzen der Materie abhängiges Dasein haben tief in unser Leben eingegriffen, haben wissenschaftliche Schulen begründet und gegensätzliche Wirtschaftsordnungen entstehen lassen. „An die Stelle der ethischen Bewertung der wirtschaftlichen Erscheinungen ist ihre Realuntersuchung und das Bestreben, aus wirtschaftlichen und politischen Maßstäben selbst ein eigenes Entwicklungsziel zu begründen, getreten“¹⁾. Bei solcher Betrachtungsweise zählt nur, was meßbar ist.

Verlust der Mitte

Welches aber sind die Ergebnisse solcher absoluten Postulate? Wir erleben die Entseelung der Arbeit, die Dämonie des Apparates, den nicht Gott, sondern die Menschen in diese Welt gestellt haben, die Vereinzelung und die Vermassung des Menschen, den Zerfall der Familien, die Orgien der verschiedenen Ismen. Die Folge davon ist ein Lebensgefühl der geistigen Zerrissenheit, der Orientierungslosigkeit und des Verlustes der Mitte. Die Vielfalt der Lebensvorgänge wird nicht mehr in einem einheitlichen Zusammenhang begriffen; sie werden in verschiedene Bereiche zerlegt, die angeblich jeweils eigenen und von den anderen unabhängigen Entwicklungsgesetzen unterliegen. Damit stehen wir aber inmitten des geistigen Zerfalls der von uns selbst geschaffenen Ordnungen. Angesichts solcher Tatbestände wird die Verabsolutierung der verschiedenen Denkrichtungen allmählich fragwürdig. Die Bedingtheit der bis-

herigen Lösungsversuche wird immer deutlicher empfunden. Hand in Hand mit dem Verfall der bisherigen Ordnungsvorstellungen wächst die Unsicherheit und tritt die Frage nach dem „Was nun“ in den Vordergrund. Ein von anderen Lebens- und Denkbereichen losgelöstes Wirtschaften scheint es also nicht zu geben. In einer Welt der Säkularisation, der Glaubenslosigkeit, der Verabsolutierung von Weltanschauungen — die in der Gunst der Völker zudem ständig wechseln — ist es jedoch besonders schwierig, einen eigenen Standpunkt zu finden und ihn klar zu umreißen. Mit der Aufrichtung einer Gegenposition allein ist die geistige Klärung nicht durchzuführen, denn hierbei droht viel zu sehr die Gefahr einer unkritischen Negierung der bisherigen Verhältnisse. Es muß also noch mehr geschehen:

Sichtbarmachen der geistigen Entwicklungslinien

Vor allem bedarf es des Sichtbarmachens der geistigen Entwicklungslinien, die zu den eigenen und den gegnerischen Standpunkten führen. Nur in einer Zusammenschau der die Vergangenheit und die Gegenwart bewegenden geistigen Kräfte wird die Gegenwart verständlich und durchschaubar. Nur im Wissen um die Ansätze und Wurzeln unserer Grundsätze im Denken der Generationen vor uns lassen sich fundierte Entscheidungen fassen.

Damit kommen wir zu dem zweiten Fragenbereich: Der Christ weiß darum, daß all die zahlreichen Lösungsvorschläge, die vor allem auf ihre Bindungslosigkeit gegenüber Gott stolz sind, nichts weiter als Teillösungen sind. Aus seinem Glauben heraus ist er wenigstens vor der Gefahr der Verabsolutierung solcher Ersatzlösungen bewahrt. Es entsteht hieraus die Überlegung, ob vielleicht der christliche Glaube selbst Hinweise gibt, die im Streit der Wirtschaftsordnungen erheblich sind. Wie sollen wir eigentlich als Christen wirtschaften? Ist eine liberale Wirtschaftsordnung wirklich mit christlichen Lehren unvereinbar? Diese Frage führt uns zu der weiteren Frage: Worin besteht überhaupt das spezifisch Christliche der heutigen Wirtschaftsordnung in unserem Land? Damit sind die Ausgangspunkte der folgenden Betrachtungen umrissen.

¹⁾ Müller-Armack, Religion u. Wirtschaft, Stuttgart 1959, S. 104

II. Die prägende Kraft des Christentums

Ich will versuchen, eine Antwort auf diese Fragen zu geben, der die religionssoziologischen Untersuchungen unseres Freundes Professor Müller-Armack zugrunde liegen. Da die Ordnung, in der wir leben, uns in ihren Grundsätzen so selbstverständlich geworden ist wie die Luft zum Atmen, so daß wir an ihr nichts besonderes zu entdecken vermögen, kann vielleicht der Vergleich mit völlig anders gearteten Ordnungen die Eigenart unserer Ordnung deutlich werden lassen. Wir suchen also auf diesem Wege nach dem Kern, der unsere Gegenwart und unsere Form zu wirtschaften bestimmt. Diese Suche ist um so notwendiger angesichts der fragwürdigen Selbsteutungen unserer Zeit, in denen das Kollektiv, das Politische, das Nationale, das Soziale oder das Rationale als die entscheidenden Bestimmungsfaktoren herausgestellt werden. Hierbei stoßen wir auf mehrere Besonderheiten unserer Lebensform. An erster Stelle ist zu nennen:

Das Arbeitsethos

Wir brauchen nur den Blick zwei bis drei Jahrhunderte zurückschweifen zu lassen, um feststellen zu können, daß neben Europa keine andere Kultur von Bedeutung eine derart spezifische Entwicklung des Arbeitsethos aufzuweisen hat, wie es hier der Fall ist. In anderen Kulturen erhielt die Arbeit keinen tieferen religiösen Sinn, zum Teil wird sie sogar für eine religiöse Lebenshaltung als hindernd empfunden. In Europa dagegen erhielt die irdische Betätigung durch das Christentum eine geistige Verinnerlichung. „Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's 80 Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen...“ Die verantwortungsbewußte Gestaltung der Dinge dieser Welt wird als göttlicher Auftrag empfunden und ist Teil der religiösen Erlösungserwartung. Sie ist ebenso Ausfluß des göttlichen Auftrags, sich die Erde untertan zu machen, über sie zu herrschen, wie des Wissens darum, daß für das irdische Tun im Jenseits Rechenschaft gefordert wird. Nachdem die im Mittelalter zum Teil noch wirksamen Fesseln einer asketischen Lebenshaltung fortfielen, war schließlich auch der Weg frei für den uns heute so selbstverständlich erscheinenden — von Energie und Disziplin ausgezeichneten — Wirtschaftsstil.

Diese Gesinnung, die z. B. in der Antike nicht anzutreffen ist, „begründet die Leistungsfähigkeit und die Leistungsüberlegenheit der europäischen Wirtschaft“ und der anderen christlichen Länder²⁾. Das Arbeitsethos im christlichen Raum ist also eine typische Eigenart der dort lebenden Menschen. Dies trifft auch heute noch zu. Es scheint daher nicht zufällig zu sein, daß mit dem Nachlassen der Glaubenskräfte in der Gegenwart auch eine veränderte Einstellung zur Arbeit (nämlich möglichst wenig zu arbeiten) immer weiter Platz greift.

Theoretisch-wissenschaftliches Denken

Die zweite europäische Eigenart ist die theoretisch-wissenschaftliche Durchdringung aller Lebensvorgänge. Die Ursache dieser Denkmethode liegt im christlich-theologischen Denken selbst begründet. Den Höhepunkt bildet hierbei die mittelalterliche Scholastik, die die weltlichen Erscheinungen in einem umfassenden Ordnungssystem in die religiöse Ordnung miteinbezieht. Auch hierfür gibt es in anderen Kulturen keine Parallelen. „Im Islam, im Brahmanismus, im Konfuzianismus und Schintoismus wie im Buddhismus blieb die Theologie im Kreise des Religiösen befangen. So kam es dort zu keiner die Welt durchdringenden Geistigkeit“³⁾. Im Christentum finden wir dagegen bereits im Mittelalter die Hinwendung zur Na-

turerkenntnis. In der Reformation ist dieser Vorgang zur vollen Auswirkung gelangt. Es ist also nicht etwa so, wie mancher Atheist es gern darstellt, daß in Europa das wissenschaftliche Denken eine Frucht der Säkularisation ist. Im Laufe der Säkularisation hat das theoretische und naturwissenschaftliche Denken lediglich eine Ausweitung erfahren. Wie bedeutungsvoll dieser Vorgang für unsere Betrachtung ist, können wir daran ermessen, daß unsere Wirtschaftspolitik aus wissenschaftlichen Erkenntnissen heraus gestaltet wird.

Als Ergebnis sei zunächst festgehalten, daß das rational-wissenschaftliche Denken eine Besonderheit des christlichen Lebenskreises ist und seine Wurzeln unmittelbar im Christentum hat.

Die politische Grundstruktur des Mittelalters

Aber wir stoßen noch auf einen weiteren wichtigen Faktor: Die politische Grundstruktur des Mittelalters wird von dem Dualismus von Staat und Kirche bestimmt. Über lange Zeiträume hinweg gibt es keine Unterordnung der einen Institution unter die andere. Es handelt sich um zwei eigenständige Machtbereiche, die in einem weiträumigen Spannungsverhältnis zueinander stehen. „Von diesem Ansatz her gelangt das Mittelalter zu einer inneren weitgehenden Aufteilung der politischen Macht“⁴⁾, die sich in der staatlichen Organisation fortsetzt. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist — und nur das ist für unsere Betrachtung von Belang — eine Aufteilung der Macht (z. B. in Königtum — Adel — freie Städte), die zu eigenständigen Bereichen führte, denen dadurch die Ausprägung einer eigenen Lebensgestaltung ermöglicht wurde. Hierunter fällt z. B. die Bildung der mittelalterlichen Handwerkerzünfte und Handelshäuser.

In anderen Kulturen nimmt die Entwicklung einen völlig anderen Weg. Einen sehr überzeugenden Beweis hierfür erbringt die Entwicklung im Bereich der Ostkirche, die, von den russischen Zaren zur Staatskirche erhoben, infolge des Verlustes ihrer Unabhängigkeit die Bildung von unabhängigen Städten, Ständen usw. nicht ermöglichte. Hier unternahm alles der Staat in eigener Regie. Er gründete Städte als Verwaltungszentren, er trieb Handel, den er bestenfalls verpachtete, und konnte, ohne durch irgendeine unabhängige moralische oder politische Kraft gehemmt zu sein, jede Regung der Selbständigkeit unterdrücken. So war das zaristische Rußland nicht ohne Grund ein auch wirtschaftlich so zurückgebliebenes Land.

Wir können feststellen, daß die Herausbildung unabhängiger Lebensbereiche — auch in der Wirtschaft — die mittelalterliche Machtaufteilung zur Voraussetzung hatte.

Die großen schöpferischen Leistungen des Abendlandes beruhen also vornehmlich auf drei Faktoren: Arbeitsethos, theoretisch-wissenschaftliches Denken und Machtverteilung. Diese Faktoren sind ohne den Einfluß des Christentums nicht denkbar. Sie sind eine Besonderheit des christlichen Lebensraumes.

Der Calvinismus

Die dargestellten Faktoren waren bis zur Reformation in einer Ordnung wirksam, die sich vornehmlich durch eine bäuerliche und handwerkliche Betätigung bei gleichzeitiger ständischer Gliederung auszeichnete. „Während die Länder, die weiter zur Universalkirche halten, auch in ihrer inneren Form keine Wandlung erfahren und sich bis ins 18. Jahrhundert wirksam gegen eine Neuordnung

²⁾ a. a. O., S. 584

³⁾ a. a. O., S. 77

⁴⁾ a. a. O., S. 84

wehren, werden nun mit der Reformation die protestantischen Gebiete zu Einbruchszonen eines neuen politischen und wirtschaftlichen Stils⁵⁾, wobei die radikalere Kraft beim Aufbau einer neuen Weltordnung der Calvinismus besitzt.

Die Calvinisten mußten sich, zersplittert in eine Vielzahl von Sekten, von unten gegen den Staat durchsetzen. Breiteren Schichten war die Staatslaufbahn und die Ausübung ständisch gebundener Berufe verschlossen; sie wurden in andere Berufe abgedrängt. Hieraus resultiert die — im übrigen auch religiös begründete — kritische Stellung gegenüber dem Staat und die weitverbreitete Hinwendung zu unternehmerischer Betätigung; Erscheinungen, die typisch für calvinistische Länder sind.

Der Calvinismus lehnt jede seelische Befreiung oder Erleichterung, wie sie im katholischen oder lutherischen Glauben zu finden ist, ab. Der einzige Weg, der dem Gläubigen offensteht, ist die Pflicht des Gehorsams gegenüber Gott — der unerforschbar und fern ist — und eine asketische Aktivität im irdischen Leben. Aus dieser Glaubenshaltung erwächst eine Kraft von großer Wirkung. Die Forderung nach religiöser Toleranz, die Bescheidung der Rechte des absolutistischen Staates und seine Zurückführung auf die unumgänglich notwendigen Aufgaben, die Beseitigung der ständischen Gliederung der Gesellschaft, die technisch-wissenschaftliche Naturerkenntnis und ein aktives freies Unternehmertum, dem die Arbeit zur Lebenserfüllung wird, sind Ergebnisse dieser Haltung. Sie treten am klarsten dort in Erscheinung, wo sich der Calvinismus gegen eine feindliche Umwelt durchsetzen mußte.

Säkularisierte Glaubenselemente

Holland, England, die Vereinigten Staaten, Teile Deutschlands, der Schweiz und Frankreichs befinden sich im Wirkungsbereich dieses Glaubens. „Die Überlegenheit der calvinistischen Länder im Unternehmerischen ist im 17. bis 19. Jahrhundert unverkennbar“⁶⁾. „Die Ablehnung des Staates, das naturwissenschaftliche Ideal, die Idee der ökonomischen immanenten Gesetze, die Idee der sich selbst überlassenen Welt, die gleichwohl ein geordnetes System darstellt, der Gedanke, daß selbst böse Triebe in der Weltordnung noch dem Guten dienen, sind Haltungen und Überzeugungen, die nicht vom wirtschaftswissenschaftlichen Denken selbst errungen wurden, sondern sich in Jahrhunderten in einer tieferen Schicht herausbildeten“⁷⁾. Sie sind als säkularisierte Elemente calvinistischen Denkens zu begreifen. Die wirtschaftspolitische Forderung nach Freihandel hat ebenso letztlich ihren Rückhalt in der freikirchlichen Position des Calvinismus, wie die liberale Demokratie auf religiösen Toleranzvorstellungen basiert. Die theoretisch-denkerische Durchdringung der wirtschaftlichen Vorgänge und die Entwicklung einer liberalen, zunächst noch religiös bestimmten Konzeption, ist ohne den Einfluß des Calvinismus nicht denkbar. Die Entdeckung der den wirtschaftlichen Vorgängen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, die als Ausfluß des göttlichen Ordnungswillens angesehen werden, verhindern die Entwicklung einer Wirtschaftsethik. Der religiös fundierte Appell an die Einzelleistung läßt keinen breiten Raum für soziale Hilfsmaßnahmen. Diese begreifen ihre Aufgabe im Grunde nur in der Erziehung zum Arbeitswillen.

In der calvinistischen Dogmatik liegt dem weltlichen Geschehen ein nach Gottes Ratschluß gesetzlich ablaufender Prozeß zugrunde. Nach dem Verblassen der religiösen Impulse war diese Weltsicht geradezu prädestiniert für eine naturwissenschaftliche Betrachtung aller Lebensvorgänge und für den Glauben an die vorgegebene Harmonie im Liberalismus oder an die Determiniertheit der Geschichte im Marxismus.

Das Luthertum

Das Luthertum unterscheidet sich hiervon in seinen Ausgangspunkten und Wirkungen zum Teil wesentlich. Durch die Einführung der Kirche von oben und das Zusammenfassen von Staat und Kirche ergibt sich sofort eine spürbare Stärkung des Staatsgedankens. Das Luthertum kennt nicht die Askese und die damit verbundene innere oder äußere Distanzierung zur Welt (Calvinismus, Mönchtum). „Das Leben in seiner ganz unasketisch bejahten Fülle wird zur Quelle der Offenbarung. Damit verliert sich im Luthertum jede religiös fundierte Forderung auf Umgestaltung und Beherrschung der Welt“⁸⁾. Diese Haltung erklärt die geringen politischen Leistungen. Sie ist jedoch die Voraussetzung für eine „großartige Durchseelung der Welt“⁸⁾. Von da her entwickelt sich eine Staatstreue, die im Staat mehr sieht als nur ein formales Herrschaftsinstrument. Im Unterschied zum Calvinismus strömen die hervorragenden geistigen Kräfte in den Staat. Das Sektenwesen findet angesichts der Einheit von Staat und Kirche und einer staatstreuen Bevölkerung keinen Nährboden. Die Arbeit ist Beruf in dem Doppelsinn von wirtschaftlicher Tätigkeit und religiöser Berufung, die dort in die Tat umgesetzt wird, wo der Einzelne hingestellt ist.

Daraus erklärt sich z. B. der Unterschied im Arbeitsethos zwischen den Vereinigten Staaten und den lutherischen Ländern. Dort wird der sichtbare Erfolg zum Maßstab der Bewährung, hier die Tätigkeit selbst und die Treue zu ihr. Dies hat zur Folge, daß keiner der neuen Wirtschaftsgedanken lutherischen Ursprungs ist. „Die Aktiengesellschaft, die Handelskompanie, der Versicherungsgedanke, die Kreditbank, das Werkhaus, die rationale Staatsverwaltung, das Etatwesen usw., alles mußte erst von außen eingebracht werden.“ „Der gleiche Mangel eines der Zeit vorgehenden Willens zur Kritik und Neugestaltung ist auf sozialem Gebiet sichtbar. Es ist den lutherischen Kirchen nicht gelungen, die Caritas der katholischen Zeit in eine gemeindliche Sozialpolitik zu überführen“⁹⁾.

Unter solchen Umständen konnte weder eine größere freie unternehmerische Initiative entstehen, noch wurde sie erwartet; sie wurde durch den Staat ersetzt. Damit wird die öffentliche Unternehmung in diesen Gebieten die vorherrschende Erscheinung. Der Staat betätigt sich im Bergbau, im Straßen- und Kanalbau, im Bank- und Assekuranzwesen, bei der Gründung von Arbeits- und Armenhäusern usw. Dies führte zur Beseitigung der alten ständischen Gliederung. Adel im alten Sinne, Stadtfreiheiten und kooperative Bindungen gehörten damit der Vergangenheit an. Literarisch wurde diese Form staatlicher Wirtschaftspolitik im Kameralismus begründet. Ein ähnlicher Hang zu staatlicher Führung zeigte sich auch in den lutherischen Ländern Skandinaviens. Dem Mangel an Einzelinitiative im Bereich der Wirtschaft und des Sozialwesens entsprach auf der anderen Seite die Entfaltung einer blühenden Geisteswissenschaft (Philosophie, Staatswissenschaft und Dichtung). Eine Wirtschaftsethik entwickelte sich unter diesen Umständen nicht, eine fragmentarische Sozialethik erst sehr viel später.

Die katholischen Länder

In den katholischen Ländern unterscheiden sich die Verhältnisse von den oben dargestellten grundlegend. „Das Festhalten an den alten Kulturformen macht es ihnen unmöglich, aus sich den neuen politischen und wirtschaftlichen Lebensstil zu entwickeln“¹⁰⁾. Hinzukommt, daß der konfessionelle Haß im 17. Jahrhundert es

⁵⁾ a. a. O., S. 107

⁶⁾ a. a. O., S. 111

⁷⁾ a. a. O., S. 117

⁸⁾ a. a. O., S. 122

⁹⁾ a. a. O., S. 124

¹⁰⁾ a. a. O., S. 129

vollends unmöglich machte, protestantische Gedanken zu übernehmen. Die ständische Gliederung blieb über lange Zeiträume hinweg erhalten. Dies bedingte jedoch ein wirtschaftliches Zurückbleiben der katholischen Gebiete, eine Erscheinung, in deren Beurteilung sich alle Beobachter einig und deren Auswirkungen zum Teil noch heute spürbar sind.

Ergebnis

Zusammenfassend läßt sich also festhalten: Die moderne Wirtschaft fußt auf geistigen Strömungen, die drei verschiedenen europäischen Religionsbereichen entstammen. „Während der Katholizismus die ständisch-handwerkliche Wirtschaftsweise des Mittelalters konserviert, lenkt der calvinistische Westen in eine kapitalistisch-industrielle Entwicklung ein. Das Luthertum hingegen paßt sich den Aufgaben der Neuzeit im wesentlichen mit öffentlich-staatswirtschaftlichen Einrichtungen an“¹¹⁾. Allen drei Glaubensrichtungen ist jedoch der Gedanke der Personalität, der göttlichen Schöpfungsordnung und der

sozialen Hilfe als Ausdruck des Gebots der christlichen Nächstenliebe gemeinsam.

Das Ergebnis dieser Betrachtungen wird — und darauf kommt es an — in der Feststellung gipfeln müssen, daß die Wirtschafts- und Sozialgeschichte eng mit der allgemeinen Geistesgeschichte verbunden ist und von dort her ihre Impulse erlangt. Damit findet das Hineinleuchten in die historischen Zusammenhänge seine Berechtigung. Für den Zweifler an der Gültigkeit dieser Feststellung für die Gegenwart muß aber noch folgendes gesagt werden: „Der Verlust der Glaubensfestigkeit bedeutet noch nicht, daß die Glaubensform als solche ihre real-geschichtliche Wirkung eingebüßt hätte. Gerade im Prozeß der Glaubensauflösung bleiben die grundsätzlichen Kräfte des religiösen Glaubens meist weiterhin sichtbar und wirksam“¹²⁾. Diese Auffassung vertreten eine Reihe von Forschern. Schon Max Weber stellte fest, daß die Unternehmungsform der Neuzeit ein geschichtliches Monopol der europäischen Völker ist, das aus den geistigen Voraussetzungen ihrer Tradition erwuchs.

III. Die Irrwege des Liberalismus und Sozialismus

Aus dem bisher Gesagten ist bereits die gemeinsame Wurzel des Altliberalismus und des Sozialismus erkennbar. Nach dem Erlahmen der religiösen Glaubenskräfte taten beide Denkrichtungen im Grunde nichts anderes, als das vorgegebene Glaubensschema entsprechend ihrer Zielrichtung zu interpretieren. Vorgegeben ist der Glaube an die vom Menschen gestörte Harmonie der Schöpfung. Hieraus resultiert bei beiden die Forderung nach Beseitigung der Störung und der Glaube an die Wiederherstellung der Harmonie durch den Menschen selbst.

Der liberale Harmonieglaube

Im Liberalismus ist der Glaube an die vorgegebene Harmonie zunächst noch durchaus religiös gebunden. Ja, die Entdeckung der Marktgesetze, d. h. des selbsttätigen Ausgleichs des Eigenstrebens durch den Wettbewerb und die daraus resultierenden Vorteile für die Allgemeinheit in Gestalt einer besseren, billigeren und größeren Güterversorgung, erschien den ersten liberalen Theoretikern geradezu wie eine Offenbarung. Diese Entdeckung schien ihnen der Beweis dafür zu sein, wie wohlgestaltet die göttliche Ordnung ist. Hier sind also die religiösen Quellen noch deutlich spürbar. In der Säkularisation wurde mit dem Nachlassen der religiösen Glaubenskräfte das Prinzip der vorgegebenen Harmonie in der Weise verabsolutiert, daß die wirtschaftlichen Kräfte sich selbst überlassen bleiben mußten und daß der Staat in dieses Geschehen nicht eingzugreifen habe, da sonst die Harmonie gestört würde. Die absolut gesetzte Auffassung von der Eigengesetzlichkeit wirtschaftlicher Vorgänge verhinderte also jeden Eingriff und damit logischerweise auch die Entwicklung einer Wirtschafts- und Sozialethik. Die allgemeine Auffassung war, daß die Marktgesetze alle sozialen Probleme besser lösen würden, als es jede staatliche Maßnahme jemals könnte (durch vermehrtes und billigeres Warenangebot, steigende Beschäftigung usw.). Der Staat erhält damit nur noch die Aufgabe, die Sicherheit nach innen und außen zu gewährleisten und das Eigentum und die Vertragsfreiheit zu schützen. Er wird zum „Nachtwächterstaat“. Die Folge ist eine atomisierte Gesellschaftsordnung,

bestehend aus unverbundenen und egozentrischen Individuen.

Diese Betrachtung vermittelt uns eine wichtige Erkenntnis, die durch die Folgen der Säkularisation nahezu verschüttet wurde: Der liberale Harmonieglaube ist nicht — wie bisher meistens angenommen wurde — wissenschaftlichen, sondern religiösen Ursprungs.

Die Erfahrungen mit den Auswirkungen dieser Theorie haben im liberalen Lager schließlich zu einem tiefgreifenden Umdenken geführt. Der Neoliberalismus, der ja eine der Säulen unserer Sozialen Marktwirtschaft ist, hat hieraus die Konsequenzen gezogen, indem er das Verhältnis von Gemeinschaft und Individuum im Bereich der Wirtschaft auf eine neue Grundlage stellte und die Verantwortung des Staates für einen geordneten Wirtschaftsablauf anerkannte. Damit ist der Neoliberalismus in der geistigen Klärung viel weiter als der heutige Sozialismus, der sich immer noch nicht von den Fesseln seiner Dogmen befreien konnte.

Das marxistische Dogma von der Selbsterlösung

Die Antwort von Marx auf die liberale Lehre ist die Formulierung eines ebenso extremen Gegenstandspunkts. Historisch erscheint es uns heute verständlich, wenn vor 100 Jahren Marx angesichts der Haltung der altliberalen Denker, die jede Änderung ihrer Lehrauffassung als unmöglich zurückwies, in das entgegengesetzte Extrem verfiel, indem er die damalige Gesellschaftsordnung insgesamt verdammt und die Idee des Kommunismus dagegen setzte.

Marx entwickelte aus dem Glauben an die gestörte Harmonie das Dogma von der Selbsterlösung des Menschen, der sich zu diesem Zweck den Gesetzen der Materie unterwerfen und sein Handeln mit ihnen in Übereinstimmung bringen muß. Die ungestörte Harmonie vermuten er und seine Jünger in den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen der vorgeschichtlichen Zeit. Bei dem Versuch, diese Verhältnisse zu rekonstruieren, übernimmt er — welche Ironie der Weltgeschichte — ein weiteres christliches

¹¹⁾ a. a. O., S. 545

¹²⁾ a. a. O., S. 552

Bild, nämlich die Vorstellung: Harmonischer Urzustand (Paradies) — Selbstentfremdung des Menschen (Sündenfall) — Selbsterlösung des Menschen (Erlösung durch Gott). Der Unterschied hierbei ist nur, daß er den religiösen Gehalt verneint und die religiösen Bindungen dieser Vorstellung beseitigt. Damit ist seine Utopie vollständig.

IV. Die Prinzipien christlichen Handelns und ihre Anwendung in der Wirtschaft

Nachdem wir in einem weiten Weg die Positionen abgegrenzt sind, die unser heutiges Sein bestimmen und die bis jetzt ihre Wirksamkeit bewahrt haben, können wir die Frage nach den christlichen Leitsätzen unseres Handelns stellen. Hieraus wird sich die Antwort ergeben, wie unser politisches Handeln heute beschaffen sein muß.

Der evangelische Wirtschaftspolitiker ist ohne Zweifel in einer besonders schwierigen Position, denn wir wissen, daß es keine evangelische Wirtschaftsethik gibt, und daß die evangelische Sozialethik fragmentarisch ist und keine geschlossene Theorie darstellt. Wir haben gesehen, auf welche Ursachen dies im Calvinismus und Luthertum zurückzuführen ist. Mit der Feststellung, daß es keine evangelische Wirtschaftsethik gibt, kann sich ein verantwortungsbewußter Politiker natürlich nicht zufriedengeben. Er wird immer wieder versuchen müssen, sein Handeln an ethischen Wertvorstellungen zu orientieren. Wir haben weiter erkennen können, daß zwar die technische und theoretische Gestaltung der Wirtschaftsordnungen eine Leistung ist, die vornehmlich während der Säkularisation erbracht wurde, daß aber die Wertvorstellungen, auf denen sie basieren, aus der christlichen Glaubenswelt stammen. Erst im Zuge der Glaubensabwendung erfuhren sie eine mehr oder weniger große Verfälschung. „Unsere Gesellschaftspolitik verlangt darum nicht die Restauration vergangener Zustände; sie verlangt etwas viel Schwereres, sie verlangt eine eigene, unserer Zeit angemessene gesellschaftsgestaltende Leistung. Der Wandel der Gesellschaft entstammt nicht, wie einige Mißvergnügte immer wieder hervorheben, der Lust und Laune unruhiger Gesellen“¹³⁾.

Die Rückbesinnung auf die unverfälschten Werte und das Wissen um ihre Veränderung ist die Voraussetzung für ihre richtige Anwendung in der Gegenwart. Es ist damit die Aufgabe gestellt, die Wirtschafts- und Sozialordnung in christlichem Geiste und sachgerecht zu fundieren, damit die Ergebnisse der Marktabläufe und der staatlichen Wirtschaftspolitik auch dem sittlichen Ziel entsprechen. Hierbei können uns folgende Leitgedanken helfen:

Die gefallene Welt

Der Sündenfall symbolisiert eine von den göttlichen Geboten abgefallene Menschheit. Aufgrund der dadurch bedingten Gottferne sind alle Ordnungen, die das menschliche Leben gestalten, nur Erhaltungsordnungen. Sie reflektieren den Fall aus der göttlichen Schöpfungsordnung. Das betrifft auch den Staat. Das Handeln der Menschen ist daher immer unvollkommen. Einmal wegen ihrer begrenzten Fähigkeiten, zum anderen, weil jede Tat untrennbar nicht nur positive, sondern auch negative Elemente enthält. Menschliches Handeln ist also zutiefst dialektisch wirksam, und es kann immer nur eine Annäherung an das erstrebte Ziel erreicht werden, nie jedoch seine volle Erfüllung. Die Vollkommenheit er-

Die Sozialisten aller Schattierungen haben sich bis heute noch nicht von dem Gedanken frei machen können, daß der Mensch aus eigener Kraft das verlorengegangene Paradies auf Erden wieder zurückgewinnen könne. Sie träumen weiterhin von der Selbsterlösung des Menschen durch irgendwelche sozialen Verbesserungen und organisatorischen Konstruktionen.

sehnt der Mensch zwar, sie ist ihm jedoch verschlossen. Diese Erkenntnis ist das Kennzeichen des „christlichen Realismus“, der keine vollkommenen Lösungen erwartet und der gegen den Glauben an die Vollkommenheit mechanistischer Systeme gefeilt ist. Das nicht beachtet zu haben, ist der Grundirrtum des Altliberalismus und Sozialismus. Die Ansprüche absolut gesetzter Weltanschauungen prallen an dieser Einsicht des Christen ab.

Für den Christen resultiert aus seiner Einsicht die Aufgabe, den Kampf gegen alle Entartungserscheinungen anzutreten. Er wird also dagegen zu kämpfen haben, daß z. B. die Wirtschaft zum Selbstzweck erhoben wird und der unbegrenzte Wille herrscht, alles dem wirtschaftlichen Zweck unterzuordnen. Er ist andererseits dazu aufgerufen, sich in jedem Fall um eine bessere Ordnung der Verhältnisse zu bemühen. Würde er es nicht tun, so offenbarte er damit seinen Mangel an Nächstenliebe. Die Nächstenliebe bewahrt ihn also vor einem falsch-verstandenen Konservativismus und hält ihn zu einem dynamischen Denken und Handeln an.

Das Wissen um die Unordnung dieser Welt ruft den Christen somit zur Tat auf.

Der Personalismus

Hierunter ist die Einheit des Menschen als Einzelwesen und als Wesen der Gemeinschaft zu verstehen. Sein Handeln und seine Verantwortlichkeit für beides kennzeichnen ihn als Individuum vor Gott. Damit ist im christlichen Glauben die Einheit der natürlichen Doppelfunktion des Menschen angelegt, die in der Aufklärung und der Säkularisation aufgespalten wurde, wobei der Altliberalismus nur das Individuum und der Sozialismus nur das Kollektivwesen sah. Das Christentum erfährt dagegen den ganzen Menschen. Die Personwerdung des Menschen verstehen wir in der Ausrichtung seiner „Existenz auf Gott und folglich in der verantwortlichen Beziehung auf den Menschen“¹⁴⁾. Dieser Gedanke leitet sich ab von dem evangelischen Verständnis des unmittelbaren Verhältnisses von Gott — Mensch und der Verantwortung jedes Einzelnen für sein Tun und Handeln vor Gott.

Damit ist alles Wirtschaften als verantwortlicher Dienst am Menschen interpretiert. Es gibt nicht eine Wirtschaft um ihrer selbst willen, sondern sie hat die Funktion, den Einzelnen zur Wahrnehmung seines Auftrags zu befähigen. Die Einzelpersönlichkeit ist daher geistig, sittlich und materiell so zu stärken, daß sie ihre Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und der Gesellschaft in vollem Umfang wahrnehmen kann. Das Wagnis, das letzte Wagnis des Lebens, soll unser Staat seinen Bürgern nur abnehmen, wenn sie es selbst nicht tragen können. Wir glauben, daß der Mensch sonst um

¹³⁾ Gerstenmaier, Parteitag der CDU 1958 in Kiel

¹⁴⁾ Küneth, *Moderne Wirtschaft — Christliche Existenz*, München 1959, S. 49

sein Eigentliches, um die ihm auferlegte Bewährung in der Freiheit gebracht werden könnte.

Ausfluß dieser Haltung ist eine Politik der Stärkung und des Schutzes der Einzelpersonlichkeit (z. B. Eigentums- politik, Steuerpolitik, Mittelstandspolitik). „Die Leitidee unseres christlich-sozialen Gesellschaftsbildes ist also die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewußte Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gesellschaft. Das heißt, daß die Freiheit, die wir meinen, nicht die Freiheit des Dschungels ist, wo der Starke den Schwachen frißt, oder wo der Großverband den Einzelnen bewirtschaftet. Unser Gesellschaftsbild verlangt, daß unsere Staatsordnung in einem so verlässlichen und intensiven Sinn Rechtsordnung ist, daß sie jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen. Unser Gesellschaftsbild verlangt aber ebenso, daß der Einzelne und seine Bedürfnisse nicht absolut gesetzt, sondern in einen vertretbaren Einklang gebracht werden mit der nun einmal nicht abwälzbaren Last der Gemeinschaft. Wir können und werden uns niemals einfallen lassen, über der energischen Betonung der Eigenständigkeit und der Selbstverantwortung die soziale Mitverantwortung zu bagatelisieren und nicht mehr tragen zu wollen“¹⁵⁾.

Die Kooperation

Neben dem Personalitätsprinzip steht ausfüllend und es ergänzend die Kooperation. Sie will sich als Ergänzungsgemeinschaft von überbetontem Wettbewerb und Einzelleistung, Rivalität, individuellem Geltungswillen und Interessentendenken abgrenzen. Um die Kooperation zu verwirklichen, müssen drei im Personalien liegende Vorbedingungen erfüllt werden:

1. Kenntnis und innere Bejahung der Gemeinschaftsaufgabe und der Zusammenarbeit;
2. Kenntnis und Beachtung der eigenen charakterlichen und fachlichen Stärken und Schwächen;
3. Kenntnis und Beachtung der charakterlichen und fachlichen Stärken und Schwächen des anderen, um seine Gaben fruchtbar werden zu lassen.

Die Kooperation schließt aus, alles selbst machen zu wollen. Sie verpflichtet zu Anerkennung, Dank, Gerechtigkeit, Selbstkritik und Bescheidenheit¹⁶⁾.

Damit kommen wir zu weiteren Prinzipien: Der katholischen Soziallehre entstammen die Begriffe der Solidarität und der Subsidiarität.

Das Solidaritätsprinzip entstammt dem Naturrecht, es definiert einen Seinszustand. Seine Aussage ist unbestritten. Das Subsidiaritätsprinzip findet neuerdings auch im evangelischen Raum Erwähnung, z. B. bei Gerstenmaier und bei Künneth. Während man von evangelischer Seite den Gedanken der Solidarität und der Subsidiarität gelegentlich die Gedanken des Personalismus und der Kooperation entgegensetzen scheint, bin ich der Meinung, daß Solidarität und Subsidiarität den Personalismus und die ihn eingrenzende Kooperation wertvoll ergänzen. Beginnen wir mit der Subsidiarität:

Die Subsidiarität

Der in seiner Personhaftigkeit anerkannte und gestärkte — in der Kooperation begrenzte — Mensch bedarf nicht der Hilfe der Mitmenschen schlechthin. Er ist in der Regel nicht hilfsbedürftig. Deswegen bekommt

die Hilfe der Gemeinschaft den Charakter der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie ist erst dann zu gewähren, wenn die eigenen Kräfte zur Bewältigung der Aufgabe nicht ausreichen, und nur so lange und so weit, wie sie nicht ausreichen. Was die Einzelperson oder die kleinere gesellschaftliche Einheit selbst zu leisten imstande ist, soll ihr nicht von der größeren entzogen werden. Die größere, übergeordnete Einheit soll der kleineren, schwächeren allenfalls behilflich sein (subsidiär), ihre Aufgabe zu erfüllen, sie ihr aber nicht abnehmen¹⁷⁾.

„Aus dieser Über- und Unterordnung fließt eine echte Leitungsbefugnis einerseits und eine Ausführungsbefugnis andererseits“¹⁸⁾. Das Prinzip enthält also auch ein hierarchisches Element, indem es das Autoritätsrecht mit einbezieht. Dieses Prinzip setzt also die eigene Leistung an die erste Stelle und überträgt der übergeordneten Gemeinschaft nur die Hilfs- und Ergänzungsfunktionen. Es ist auf den Einzelmenschen ebenso wie auf die Gruppierung und die gesamte Wirtschaftsordnung anwendbar. Einleuchtende Beispiele für die Anwendung dieses Prinzips sind der „Grüne Plan“ und die (nicht entartete) Subventionspolitik. Beide Maßnahme haben die Aufgabe, die Selbsthilfe zu ermöglichen. Sie stellen im Prinzip also eine Starthilfe dar.

Die Solidarität

Dieser auf dem apostolischen Gebot: „Einer trage des anderen Last“ basierende Grundsatz ist der Kernbereich der christlichen Nächstenliebe, er enthält die ethische Begründung der Sozialpolitik. Von hierher leitet sich der Gedanke des Zusammenstehens der Gemeinschaft für den Einzelnen ab, wenn er der Hilfe bedürftig ist. Einigkeit besteht nun m. E. darüber, daß das Solidaritätsprinzip seine Begrenzung in den Prinzipien des Personalismus (daher z. B. Ablehnung des Wohlfahrtsstaates) und der Subsidiarität findet. Hier entstehen aber die Probleme:

Wenn wir anerkennen, daß eine Gemeinschaft nur durch eine gemeinsame Verantwortung der Glieder für das Gemeinwohl entstehen und aktionsfähig werden kann¹⁹⁾, so taucht doch die Frage auf, wo die gemeinsame Verantwortung anfängt und wo sie aufhört. Während der Gedanke des Subsidiaritätsprinzips, daß Hilfe nur gewährt werden soll, soweit und solange der Betreffende nicht in der Lage ist, sich selbst zu helfen, keine Schwierigkeiten macht, bleiben doch Zweifel über den Umfang der Solidaritätsmaßnahmen. Bewege ich mich noch in den Vorstellungen des Personalismus, wenn ich das Einkommen der Bürger z. B. um 40 % einschränke? Ich bin der Meinung: ja! Tue ich das auch noch, wenn ich z. B. 60 % wegnehme, und so einerseits die Entwicklungsmöglichkeit des Einzelnen sehr erheblich einschränke und andererseits die Eigenverantwortlichkeit übermäßig herabsetze oder gar erstickte?

Die Ansprüche, welche unsere Sozialausschüsse an den Umfang der Solidarität stellen, sind zweifellos umfassender als die unserer Wirtschaftsausschüsse; die unterschiedliche Auslegung stellt m. E. den Kern der Auffassungsunterschiede dar.

¹⁵⁾ Gerstenmaier, Bundesparteitag der CDU 1958 in Kiel

¹⁶⁾ Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart 1954, Spalte 611

¹⁷⁾ Evangelisches Kirchenlexikon, Göttingen 1956/59, Spalte 1189

¹⁸⁾ Evangelisches Soziallexikon, Spalte 571

¹⁹⁾ Evangelisches Soziallexikon, Spalte 570

V. Die Soziale Marktwirtschaft in christlicher Sicht

Das Wissen um die gefallene Welt und der Gedanke der Nächstenliebe rufen den christlichen Politiker zu einer aktiven Gestaltung seiner Umwelt auf. Sein Wissen bewahrt ihn vor der Hoffnung auf eine diesseitige Erlösung mittels menschlicher Konstruktionen. Es mahnt ihn ständig, die auftretenden Sachfragen in christlichem Geiste zu lösen und dem Einzelnen den Raum zu schaffen, den er zur Entfaltung seiner Persönlichkeit und zur Bewährung seiner Verantwortung gegenüber Gott und den Menschen benötigt.

Die geistigen Ansatzpunkte

Die geistigen Ansatzpunkte des wirtschaftspolitischen Handelns sind die eben herausgestellten Prinzipien: „Konsequent durchgeführter Personalismus“ (Gerstenmaier), die Kooperation, die Solidarität und die Subsidiarität.

Die historische Betrachtung hatte die Aufgabe, zu zeigen, welche Glaubenskräfte auf das wirtschaftliche Geschehen Einfluß genommen haben und bis heute wirksam sind. Sie diene der Erbringung des Beweises, daß die ethischen Wertvorstellungen letztlich auch das Wirtschaften bestimmen. Diese Erkenntnis ist von besonderer Wichtigkeit für die Abwehr der Angriffe des Kommunismus. Sie ist außerdem von Bedeutung für die richtige Wertung der geistigen und materiellen Bedingungen, von denen unser heutiges Handeln auszugehen hat.

Es gibt sicher keine Wirtschaftsform, die als spezifisch christlich anzusprechen wäre. Deswegen ist es töricht, zu verlangen, daß sich das Christentum mit einer bestimmten Wirtschaftsordnung identifizieren solle. Es ist nur zu deutlich geworden, welchem Wandel menschliche Ordnungen und damit auch Wirtschaftsordnungen unterworfen sind. Es gibt keine absolut gültige Gestaltung. Wir können heute auch nicht wissen, wie unsere Enkel in hundert Jahren wirtschaften werden. Aber wir wissen jetzt, daß es Wirtschaftsordnungen gibt, die in ihrer Anlage besonders stark von christlichem Geiste durchflutet sind und in denen der Wirtschaftsablauf die Entfaltung einer christlichen Lebensweise nicht nur nicht verhindert, sondern fördert.

Diesem Ziel kann und soll die Soziale Marktwirtschaft letztlich dienen. Ihrem ganzen inneren Aufbau nach ist sie geradezu dazu angelegt, christlichen Geist in sich aufzunehmen und wirksam werden zu lassen. Sie ermöglicht ein hohes Maß an wirtschaftlicher Freiheit, indem sie den Bedürfnissen von Individuum und Gemeinschaft genügend Raum läßt; sie erfüllt das Gebot der Lebenserhaltung und Lebensförderung. Sie steht unter dem Gebot der Arbeit, sie hält den Sinn für Verantwortung und das Gefühl menschlicher Unzulänglichkeit wach, und sie kann nur wirklich funktionieren, wenn der Geist der Kooperation wirksam ist. Sie maßt sich nicht an, Vollkommenes schaffen zu können und läßt jedem sichtbar die Unvollkommenheit menschlichen Tuns hindurchscheinen. Sie basiert auf der Tüchtigkeit und Charakterstärke des Einzelnen.

Ihre technischen und wirtschaftlichen Energien sind also für den Menschen einsetzbar, um ihn zu befähigen, seiner von Gott gesetzten Aufgabe gerecht zu werden.

Damit ist die Antwort auf die Frage gefunden, welche Aufgabe — neben der Erhaltung des Lebens — unsere Wirtschaft eigentlich hat.

Bei der Konkretisierung unserer Vorstellungen stoßen wir jedoch auf eine große Schwierigkeit: Die christliche Ethik in ihrer evangelischen Ausprägung bietet keine Lösung für konkrete wirtschaftspolitische Fragen. „Der

Wille des christlichen Ethos richtet sich in erster Linie auf das innerste Zentrum der menschlichen Persönlichkeit, von der aus die Sachfragen des Lebens diese oder jene Beantwortung zu finden vermögen“²⁰⁾.

Diese Aussage ist für den gerade mit der Lösung einer wirtschaftlichen Aufgabe befaßten Menschen nicht sehr befriedigend, da er im Evangelium keine Anweisung findet, wie er sein Problem zu lösen hat. Sie ist aber auch nicht so unbefriedigend, wie es auf den ersten Blick erscheint. Der in der Wirtschaft Stehende wird immer wieder sehr schnell feststellen, daß er an die Grenzen der ihm von der Wirtschaft gegebenen Möglichkeiten stößt, sobald es sich um Fragen handelt, in denen der Mensch direkt betroffen wird. In solchen Fällen sind die Möglichkeiten der Wirtschaft beschränkt und sie muß auf übergeordnete Kräfte zurückgreifen. Ein Beispiel: Die Automatisierung erfordert eine gewissenhafte Bedienung der technischen Apparatur. Es handelt sich um eine Tätigkeit von hoher Verantwortung. Hierzu sind Eigenschaften erforderlich — nämlich Verantwortungsbewußtsein und Gewissen —, über die die Wirtschaft selbst nicht verfügt. Hier ist sie abhängig und angewiesen auf die Bildung der seelischen Kräfte des Menschen, auf sein Arbeitsethos.

Die Grundsätze des bisher Gesagten sind jedoch geeignet, konkretes wirtschaftliches Handeln an ihnen auszurichten. Sie sind die Rahmenbedingungen, die „wir setzen müssen, damit ihr (der Wirtschaft) funktionieren unserem Leitbild des Seinsollenden immer näherkommt“²¹⁾. Die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik und die Sozialpolitik finden im Personalismus, in der Kooperation, der Subsidiarität und der Solidarität ihre großen Weisungen. Danach ist die Belastbarkeit des persönlichen Einkommens begrenzt, da sonst die Persönlichkeitsbildung — und in ihrem Zuge die Eigentumsbildung — in Frage gestellt und die Abhängigkeit des Einzelnen nicht vermindert wird. Die Zuwendung der dem Einzelnen weggenommenen Mittel für Zwecke der Sozialfürsorge und der Wirtschaftssubventionen findet ihre Grenzen in dem Gebot der Selbsthilfe und der Stärkung der Eigeninitiative.

Markante Beispiele, wie dieser Gedanke der Zuwendung öffentlicher Mittel zur Selbsthilfe bzw. des Vorausgehens der Eigenleistung in der Wirtschaftspolitik durchgeführt wurde, sind der „Grüne Plan“ die Rentenreform und die Steuersenkungen (namentlich für kleine Einkommen).

Die Aufgaben der Zukunft

Nachdem die Soziale Marktwirtschaft die Aufgaben ihrer ersten Phase — nämlich den Aufbau der Wirtschaft — in so glänzender Weise bewältigt hat, ist jetzt die Frage zu stellen, wie es weitergehen soll. Die Aufbauphase hat so sehr alle Kräfte beansprucht, daß dahinter manch andere Aufgabe zurückstehen mußte. Das sieht der verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitiker klar und deutlich. Die notwendigen Ergänzungen werden besser durchgeführt werden können, wenn jetzt — wie zu hoffen ist — eine etwas ruhigere und ausgeglichene Entwicklung kommt. Die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sollte das ihre tun, um die Beruhigung des zum Teil hektischen Aufbautempos und ein Gleichmaß der wirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten. Die Wirtschaftspolitik wird verstärkt auf die Struktur unserer Wirtschaft achten und dafür Sorge tragen müssen, daß die kleinen und mittleren Existenzen das breite Fundament unserer Wirtschaftsordnung bleiben. Hier hat die

²⁰⁾ Künneth, a. a. O., S. 44

²¹⁾ W. Schreiber in: Der Christ und die Soziale Marktwirtschaft von B. Patrick, Stuttgart 1955, S. 33

Steuerpolitik noch manche Aufgabe vor sich, um vor allem die benachteiligenden Auswirkungen von Steuer-gesetzen ausfindig zu machen und zu beseitigen. Es sei nur beispielhaft auf die konzentrationsfördernde Wirkung unseres kumulativen Umsatzsteuersystems hingewiesen. Aber auch die Struktur der Räume bedarf besonderer Beachtung. Es muß darauf geachtet werden, daß die einzelnen Gebiete wirtschaftlich vielseitig und breit strukturiert sind. Hierzu gehört auch die Auflockerung der Städte und des Verkehrs, damit sie wieder menschenwürdige und nervenschonende Wohnstätten werden. Auch für die Familie bleibt noch manches zu tun. Von besonderer Wichtigkeit ist bei alledem die Erhaltung der Stabilität der Währung und der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft, da von ihr die Eigentumsbildung und die richtige Entwicklung der Wirtschaft überhaupt abhängt.

Vermenschlichung der Wirtschaft

In der gegenwärtigen Phase der Sozialen Marktwirtschaft wird daher das Schwergewicht auf der Einheit von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu liegen haben. Das Wort von der „ganzheitlichen Wirtschaftspolitik“ — also einer Politik, die den ganzen Menschen sieht — kennzeichnet die Aufgabe vielleicht am klarsten. Die Stärkung der Einzelpersönlichkeit ist der Kern der Aufgabe. Der Finanzminister hat Gelegenheit, dabei ein gerüttelt Maß mitzuwirken. Seine Aufgabe ist vielleicht die undankbarste, da er in einem dauernden Abwehrkampf gegen Interessentenwünsche, die das Gemeinwohl nicht beachten, und gegen eine falsche Auslegung des Solidaritätsgedankens steht, die die Gefahr eines Hineingleitens in den Wohlfahrts- und Versorgungsstaat bedeutet. Dabei muß er ständig neu die Antwort darauf finden, wie wichtig und wie dringend die Forderungen, die an ihn gestellt werden, wirklich sind und in welcher Rangfolge sie einzuordnen oder ob sie abzulehnen sind. Das Abwägen der Einzel- und Gemeinschaftsbedürfnisse bei gleichzeitiger Beachtung des Grundsatzes der Stärkung der Einzelexistenz ist sein hartes Brot.

Alle diese Maßnahmen stehen unter der Parole: Vermenschlichung der Wirtschaft.

Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft

Gleichzeitig müssen wir immer wieder in voller Klarheit unsere Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft erkennen und das Gefühl für diese Aufgabe — das der Nationalsozialismus so geschändet hat — neu erwecken.

Nur so werden wir Vereinzelung und Vermassung, die beiden großen Gefahren unserer Zeit, vermeiden können und gleichzeitig ein Heimatgefühl in einer überschaubaren Ordnung wachrufen. Das wird aber nur zu erreichen sein, wenn neben dem Gefühl der Freiheit auch das Gefühl von Verantwortung und Selbstständigkeit die Menschen beseelt. Hier liegt die große Aufgabe der Betriebe und aller sonstigen Institutionen, in denen Menschen in abhängiger Beschäftigung stehen: so viel Verantwortung wie nur möglich zu delegieren und vermehrt Aufstiegschancen zu schaffen. Nur so wird in der Wirtschaft der Gedanke einer echten Mitarbeit und Partnerschaft zu verwirklichen sein, nur so wird eine allseitige Kooperation entstehen, die dem für die Demokratie so lebensnotwendigen geistigen Selbstbewußtsein Raum gibt. Die Besinnung auf die Verantwortung des Einzelnen und der Verbände gegenüber der Gesamtheit unseres Volkes ist auch die Voraussetzung für die so dringend notwendige Disziplinierung bei der Anmeldung von Interessenforderungen. Wie notwendig diese Selbstdisziplin ist, zeigt ein Blick auf die tödliche Bedrohung aus dem Osten.

Es wird auch unsere Aufgabe sein, uns noch intensiver und nüchterner mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen, als das bisher geschah. Wir müssen seine Theorie und Praxis der Expansion und Machtausübung genauestens analysieren, um ihm und gleichzeitig jedem Wunschenken bei uns besser widerstehen zu können.

Selbstbesinnung und mutiges Vorwärtsschreiten!

Die Darstellung von Calvinismus, Luthertum und Katholizismus hat gezeigt, daß in Deutschland wirtschaftliche Kräfte mit zum Teil gegensätzlicher Wirkung am Werke sind. In anderen Ländern (Holland, England, USA) ist die Entwicklung wesentlich kontinuierlicher und gradliniger verlaufen als bei uns. Dieses Faktum muß der Wirtschaftspolitiker bei seinem Handeln beachten.

Der Gegenwart ist es überlassen, gleichzeitig mit dem Betreten von Neuland die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen.

So stehen wir also heute auch im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor der Aufgabe, in echter Selbstbesinnung auf die unvergänglichen Werte unseres Glaubens und das, was er uns aufträgt, den Weg in die Zukunft zu suchen und ihn mutig zu beschreiten. Unser Motto soll hierbei lauten: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zur Lebensförderung, zur christlichen Gemeinschaftsgestaltung, zum Dienst am Nächsten!

dige und nützliche Auseinandersetzung führen. An der Berechtigung der Gegenwehr selbst aber ist weder sittlich noch politisch zu zweifeln.

Vorläufiger Höhepunkt

Die Verachtung des Menschen in der „DDR“ hat in der sogenannten Sozialisierung des Dorfes, wie sie im Frühjahr 1960 schlagartig durchgeführt wurde, einen vorläufigen Höhepunkt erfahren. Das Ganze ist so ungeheuerlich, daß auf einige Merkmale des Vorgangs noch einmal hinzuweisen ist, wenn auch Tagespresse und Dokumentationen die westliche Welt in einer erstaunlich guten Weise unterrichtet haben:

Nach dem Gesetz über die „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs)“ vom 3. Juni 1959 kommen diese als sozialistische landwirtschaftliche Großbetriebe durch den „freiwilligen Zusammenschluß“ von Bauern zustande, „die bereit sind, an der genossenschaftlichen Produktion teilzunehmen“. Sie sind also keine staatlichen oder halbstaatlichen Betriebe. In allen drei Typen der „LPG“, die nach den Worten Ulbrichts einen stufenweisen Übergang zur sozialistischen Großproduktion ermöglichen, um „den Bauern, die noch schwanken, den Weg in die LPG leichtzumachen“, bleibt den bisherigen Besitzern formal das Eigentum am eingebrachten Gut erhalten. Aber das Grundeigentum wird mit einem neuen Inhalt erfüllt, der das Eigentum als Hindernis für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft überwindet, indem er das private bäuerliche Eigentum am Bodenstück in das der persönlichen Verfügbarkeit entzogene Eigentum des „LPG“-Mitglieds am Bodenanteil verwandelt.

Die Führung einer persönlichen Hauswirtschaft mit der Nutzungsmöglichkeit vom 0,5 ha Land wird zugestanden. Die Statuten sehen neben einem Ausschuß bei Vergehen „gegen die Interessen der Arbeiter- und Bauern-Macht“ und anderen Verstößen auch die Möglichkeit des Austritts vor, wobei als Wiedergutmachung für entstandenen Schaden der eingebrachte Boden und Arbeitsvergütungen ganz oder teilweise zurückgehalten werden können. Darüber gibt es keine richterliche Entscheidung, sondern eine Abstimmung in der Mitgliederversammlung. Werden Vergütungen gezahlt, so geschieht dies nur am Jahresende. Ersatzland wird „am Rande der genossenschaftlichen Ländereien“ gestellt.

Vom Bauern zum bloßen Lohnarbeiter

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die dialektischen Deuteleien am Eigentumsverständnis, die umfassende Arbeitsorganisation in den „LPGs“ und ihre komplizierte finanzielle Struktur den früheren Bauern zu einem bloßen Lohnarbeiter machen, dessen arbeitsrechtliche Schutzlosigkeit in der Welt einzigartig ist. Wenn auch der Durchführung der letzten Pläne zur Verwirklichung eines „neuen sozialistischen Bewußtseins auf dem Lande“ vorerst noch praktische Grenzen gesetzt sind, so zeigt doch der Gedanke der „Zentraldörfer“, wohin die Entwicklung geht. In ihnen sollen dann auch die Frauen die Produktionsschlacht mitschlagen, da ihnen die Mühe der Hauswirtschaft („Zentralküchen“, „Hausarbeitskollektive“) und die Last der Kindererziehung („Zentralschulen“) abgenommen werden. In der hohlen Phraseologie Walter Ulbrichts nimmt sich das alles so aus:

„Man kann sagen, daß die Bauern in der DDR den großen Kampf der Bauern vom großen deutschen Bauernkrieg bis zur Bodenreform im östlichen Teil Deutschlands mit ihrem jetzigen Zusammenschluß in den LPGs gekrönt haben...“

(Rede auf der 8. Tagung des ZK der SED im April 1960)

„Die geschichtliche Bedeutung des Übergangs aller Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit in den LPGs besteht darin, daß nunmehr auch in der Landwirtschaft die Grundlagen des Sozialismus geschaffen sind. Damit ist in der DDR die Befreiung der Bauern beendet. Jetzt sind in der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik einheitliche sozialistische Produktionsverhältnisse entstanden. Die alten Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung wurden beseitigt. Die Bauern, die im kapitalistischen Deutschland eine vom Kapitalismus ausgebeutete Klasse waren, sind nun zur Klasse der Genossenschaftsbauern emporgestiegen...“

Wenn bei uns 20 oder 30 Bauern ihr Land freiwillig in die Genossenschaft einbringen, dann bleiben sie Eigentümer, sie bleiben Bauern, und auch ihre Söhne brauchen das Dorf nicht zu verlassen. Der Bauer, der früher fünf oder zehn Hektar besaß, wird zum Miteigentümer von 500 oder 2000 Hektar — und ist nun ein richtiger Bauer...“

(Regierungserklärung vor der „Volkskammer“ am 25. April 1960)

Nackte Gewalt!

„Noch nie feierten Deutschlands Bauern ein solches Ostern!“ — schrieb am Karsamstag das „Neue Deutschland“. Dabei steht hinter allem die nackte Gewalt. Die Regie war so unvorsichtig, während der Sozialisierungsaktion in der „Neuen Justiz“ (Heft 3/14 vom 5. Februar 1960) einen Aufsatz von Dr. Hans Weber, Dozent an der „Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft ‚Walter Ulbricht‘“, zuzulassen mit dem Titel: „Die Rolle des Strafrechts und der Strafrechtsprechung bei der sozialistischen Umgestaltung und Entwicklung der Landwirtschaft“. Wer nach einer konkreten Entfaltung der von Hilde Benjamin proklamierten These: im Arbeiterstaat der „DDR“ könne die Justiz nur parteiisch im Sinne der Arbeiterklasse gehandhabt werden, suchte, findet sie hier mit aller nur wünschenswerten Offenheit. So heißt es z. B.:

„Damit Strafrecht und Strafrechtsprechung ihrer Rolle bei der sozialistischen Umwälzung auf dem Lande voll gerecht werden können, ist es notwendig, sie in höchstem Maße gesellschaftlich wirksam zu machen. Das ist nicht nur eine Frage der Auswertung des Verfahrens nach der Verurteilung. Wenn die Strafjustiz ein Instrument zur Führung der Werktätigen im Kampf gegen die Überwindung krimineller Erscheinungen sein soll, ist es vor allem notwendig, daß die Straßpolitik die richtige Linie verfolgt, d. h. daß sie bewußt darauf orientiert ist, den Volkswirtschaftsplan erfüllen und die sozialistische Entwicklung vorantreiben zu helfen und dabei auftretende Widersprüche und Hemmnisse zu beseitigen. Durch eine solche planmäßige und zielstrebige Tätigkeit der Straforgane werden die Werktätigen auf die wahren Schwerpunkte der Kriminalität orientiert und aufgerufen, sie zu überwinden. Die Orientierung auf die Schwerpunkte und die richtige Auswahl der typischen Verfahren sind also die erste Voraussetzung für eine gesellschaftliche Wirksamkeit des Strafrechts im Sinne der Förderung des sozialistischen Aufbaus und der sozialistischen Erziehung der Menschen...“

Diese Verkoppelung der Justiz mit weltanschaulich bedingten gesellschaftspolitischen Zielen („Straßpolitik“) macht abweichende Überzeugungen zu schweren Verbrechen und läßt damit die Rechtsprechung zur reinen Willkür entarten. Das mag noch an zwei weiteren Zitaten aus diesem wahrhaft erschreckenden Aufsatz deutlich werden:

„Die Arbeit der Straforgane muß dazu beitragen, daß die Feinde der sozialistischen Umgestaltung isoliert werden und daß ihr reaktionärer und volksfeindlicher Charakter entlarvt wird. Dadurch werden die Kräfte unter den Einzelbauern, die sich mit dem Eintritt in die LPG beschäftigen, frei von diesem reaktionären Druck, und sie können ihre Entscheidung wirklich frei, d. h. im Sinne der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung treffen...“

„Typisch sind solche Straftaten, in denen sich die allgemeinen gesellschaftlichen Widersprüche des jeweiligen Kreises oder Bezirkes besonders deutlich ausdrücken. Die Bestrafung solcher Handlungen ist in hohem Maße geeignet, die Werktätigen auf die Haupt hemmnisse beim sozialistischen Aufbau aufmerksam zu machen und sie darauf zu orientieren, solche und ähnliche Erscheinungen in ihrem jeweiligen Tätigkeitsgebiet selbst zu bekämpfen. Typisch in diesem Sinne sind also z. B. solche Verbrechen, deren hemmende Rolle bei der Steigerung der Marktproduktion, beim weiteren genossenschaftlichen Zusammenschluß oder bei der Festigung bestehender LPGs besonders deutlich ist. Solche Verbrechen sind Prototypen zahlreicher anderer ähnlicher gesellschaftlicher Erscheinungen...“

Die Kirche schwieg nicht

Die Fiktion der Freiwilligkeit hat der Sozialisierungskampagne einen makaberen Charakter gegeben. Was hier an Versprechungen und Verleumdungen, Druck, Lüge und Schwindel bis hin zu Hausfriedensbruch und offener Gewalt geübt wurde, um von Hunderttausenden von Bauern die schriftliche Erklärung ihres freiwilligen Eintritts in die „LPG“ zu erpressen, ist schlechthin einmalig und darf von der Welt nicht vergessen werden. Es ist klar, daß hierzu die Kirche als der einzige den Stummen und Geschlagenen noch verbliebene Mund nicht schweigen konnte. Wann wollte sie überhaupt noch zu Vorgängen in Politik und Gesellschaft reden, wenn nicht zu einer derartigen Vergewaltigung des Rechts und der Würde des Menschen?

Neben zahlreichen Schreiben der evangelischen Kirchenleitungen an die Regierung Grotewohl und nachgeordnete Stellen, neben Hirtenbriefen der Bischöfe an die Pfarrer über ihre seelsorgerische Aufgabe an den Bauern, neben Kanzelerklärungen und weithin wirksam gewordenen Predigten kirchenleitender Persönlichkeiten muß auf den unermüdlichen Einsatz der überwiegenden Mehrheit der Pfarrer hingewiesen werden, die das Unvermeidliche zwar nicht aufhalten konnten, aber den Betroffenen ihre Redefefechte bestehen und das Unrecht in Geduld ertragen halfen. Zudem ist es zu ungezählten Gesprächen, Auseinandersetzungen und auch heftigen Auftritten zwischen Vertretern der Kirchen und der Staatsorgane gekommen. Die evangelische Kirche in der „DDR“ ist der Sozialisierungskampagne in einer überraschend großen Geschlossenheit des Urteils und des Verhaltens begegnet.

Verletzte Menschenwürde, bedrängte Gewissen

Da außergewöhnliche Einzeläußerungen so leicht den Weg in die Öffentlichkeit finden und sich besonders dauerhaft dem Gedächtnis einprägen, ist in manchen Kreisen der Bundesrepublik der Eindruck einer weitgehenden opportunistischen Kollaboration der evangelischen Kirche mit dem SED-Staat entstanden. Es wäre ein Leichtes, diesen Eindruck durch eine ausführliche Dokumentation aus den letzten Monaten zu widerlegen.

Stattdessen sei hier lediglich das Schreiben wiedergegeben, das alle evangelischen Bischöfe in der Zone am 11. März 1960 an Grotewohl gerichtet haben:

„Im Blick auf bestimmte Maßnahmen und Methoden bei der Sozialisierung der Landwirtschaft und in Sorge um die Menschen auf dem Lande sehen wir uns veranlaßt, Ihnen folgendes vorzutragen:

Es ist nicht Sache der Kirche, in wirtschaftlichen Fragen, die mit der Sozialisierung zusammenhängen, Entscheidungen zu treffen. Uns erreichen aber von unseren Pfarrern und aus den Gemeinden laufend so erschütternde Berichte über die Methoden, die angewendet werden, um die einzelnen Bauern zum Eintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu veranlassen, daß wir um der Menschen willen nicht schweigen können.

Es würde zu weit führen, diese Methoden im einzelnen zu schildern. Tatsache ist, daß Bauern gegen ihren Willen mit Mitteln wirtschaftlichen, politischen und moralischen Druckes, auch unter Einschaltung von Staatsanwälten, Polizei und Organen der Staatssicherheit zum Eintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften veranlaßt werden und dann noch schriftlich erklären müssen, das sei ‚freiwillig‘ geschehen.

Hier werden Menschen in ihrer Würde verletzt und in ihrem Gewissen bedrängt. Was kann man von Menschen erwarten, die in Angst und Verzweiflung zerbrochen sind, die resignierend ihre neue Situation auf sich nehmen und verbittert an die Arbeit gehen? In Ihrer Hand liegt es, solchen Methoden Einhalt zu gebieten und dem Grundsatz echter Überzeugungsarbeit und der Freiwilligkeit zur Geltung zu verhelfen, wie es auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED gefördert worden ist. Menschen zu der Erklärung zu zwingen, sie hätten einen Schritt freiwillig getan, zu dem sie genötigt wurden, ist Gewissenszwang.

In einer Zeit, in der es um den Frieden zwischen den Völkern geht, bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, inständig, alles zu tun, daß der Friede in unserem eigenen Volk nicht gefährdet wird. Der Wille zu aufbauender Arbeit in unserem Lande wird nur lebendig bleiben, wenn die Menschenwürde gewahrt wird.“

Pfarrer zur Ordnung gerufen

Die evangelische Ethik verfügt über kein spezifisches Staats- und Gesellschaftsbild. Der Christ kann in verschiedenen Gesellschafts- und Eigentumsstrukturen leben. Deshalb hat die evangelische Kirche in ihren Verlautbarungen bewußt darauf verzichtet, zu der Sozialisierung als solcher, zu ihrer angeblichen wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und geschichtlich-gesellschaftlichen Notwendigkeit Stellung zu nehmen. Deshalb mußte sie es aber auch mit Entschiedenheit ablehnen, wenn der Sozialisierungsprozeß mit christlichen Vokabeln verbrämt werden sollte („Pflüget ein Neues“; „Wer seine Hand an den Pflug legt und sieht zurück...“; „Urchristlicher Kommunismus“ u. a. m.).

Einige wenige Pfarrer sind freilich aus irregeleitetem Fortschrittspathos unter Mißbrauch von Bibelstellen dahingehenden Wünschen des SED-Regimes nachgekommen. Ihre Erklärungen sind propagandistisch stark ausgewertet worden, wobei man auch vor Fälschungen nicht zu-

rückschreckte, bis hin zu der verlogenen Erklärung Ulbrichts vor der „Volkskammer“: die Mehrheit der Geistlichen habe sich „loyal“ verhalten und den Vertretern der adenauerhörigen „Militärkirchenleitung in Westdeutschland“ kein Gehör geschenkt. Diese Pfarrer, insbesondere diejenigen von ihnen, die sich in unbegreiflicher Verblendung sogar noch für staatlicherseits gewünschte „Dankgottesdienste“ nach „gelungenem Werk“ hergaben, sind von den Kirchenleitungen energisch zur Ordnung gerufen worden, worüber es dann wiederum zu heftigen Zusammenstößen mit den Staatsorganen kam. Im übrigen haben sich jedoch die Pfarrer in der Zone so verhalten, wie es einer von ihnen mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie so viele Tränen erlebt wie in den letzten Wochen. Wie kann ich da einen Dankgottesdienst halten?“

Der seelsorgerische Auftrag

Die begründete gesellschaftspolitische Zurückhaltung der Kirche erleichtert zweifellos ihr Bemühen, ihrem eigentlichen Auftrag, dem Dienste am Menschen, Gehör zu verschaffen. Die Aussicht, auch nur in bescheidenem Umfang wirklich gehört zu werden, erscheint jedoch angesichts der ebenso unaufrichtigen wie irreführenden Antwort, die der sowjetzonale Staatssekretär für Kirchenfragen, Eggerath, im Auftrage Grotewohls den Bischöfen am 22. März d. J. erteilte, äußerst gering:

„Als Erstes kann ich wohl unsere grundsätzliche Übereinstimmung in der Hauptfrage Ihres Schreibens feststellen, denn der Grundsatz der Freiwilligkeit bei dem Zusammenschluß unserer Bauern zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist ein unabdingbarer Bestandteil der Politik unserer Regierung.

Die Erkenntnis, daß die genossenschaftliche Bewirtschaftung außerordentlich große Vorteile bringt, führte in den letzten Wochen zu einem Aufschwung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Mit Genugtuung registrieren wir, daß auch eine große Zahl von Amtsträgern der evangelischen Kirchen für die Umgestaltung eintreten.

Es wäre angebracht, wenn die Kirchenleitungen dahin wirken würden, daß alle Amtsträger in ihrer täglichen Arbeit den staatlichen Organen helfen, auftretende Spannungen möglichst schnell zu lösen.

Selbstverständlich stellt eine solche tiefgehende Veränderung viele und schwierige Probleme. Sie sind aber alle lösbar und werden bei uns entsprechend den Interessen der Bauern gelöst.

Falls Sie es wünschen, stehe ich Ihnen gern zu einer Aussprache zur Verfügung und bitte Sie, mir den Ihnen genehmen Zeitpunkt zu nennen.“

Es kann nicht Aufgabe der Kirche sein, sich in dieser Situation zum Initiator oder Werkzeug einer politisch und gesellschaftlich wirksamen Gegenbewegung zu machen oder machen zu lassen. Ebensowenig aber kann sie sich den Mund verbieten lassen, wo es um elementare Menschenrechte geht, will sie ihr Wort und ihre Seelsorge weiterhin glaubwürdig und unverkürzt ausrichten. Die SED-Führung hat offensichtlich erkannt, daß der Kirche bei den Bauern in den letzten Monaten ein großes Vertrauenskapital zugewachsen ist. Nicht umsonst beeilte sich Ulbricht zu erklären: „Die Kirche bleibt im Dorf.“ Daß sich der Kirche jetzt allerdings neue seelsorgerische und strukturelle Aufgaben stellen, ist nicht zu verkennen.

Kritik an der Sozialisierung selbst

Trotz allem sind in dem Verhalten der Kirche zur Sozialisierung des Dorfes Fragen offen geblieben. Sie hängen nicht damit zusammen, daß sich — wie jüngst in der „Herder-Korrespondenz“ (Juni-Heft 1960, S. 423) behauptet wurde — die evangelischen Kirchenführer durch das unselige Kommuniqué vom 21. Juli 1958 gehindert fühlten, „zum Vorgang der Enteignung der Bauern selbst Stellung zu nehmen“. In diesem Kommuniqué, in dem die beiden Verhandlungspartner, Regierung Grotewohl und Vertreter der evangelischen Kirchen in der „DDR“, sich gegenseitig des „Geistes der Verständigungsbereitschaft“ versicherten, steht der Satz: „Sie (die Christen) respektieren die Entwicklung zum Sozialismus.“ Auf evangelischer Seite hat man dieses „Respektieren“ immer nur als die Form verstanden, in der man seine prinzipielle Offenheit für verschiedenartige Gesellschafts- und Eigentumsstrukturen zum Ausdruck bringen wollte. Es ist wiederholt erklärt worden, z. B. in einem Brief der Evangelischen Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg an Grotewohl vom 17. März d. J., daß darin keine Bejahung und auch kein Verzicht auf Kritik eingeschlossen seien. Die Kirche könne es nicht als ihre Aufgabe ansehen,

„bestimmte Wege sozialer Umgestaltung vom Glauben her zu rechtfertigen. Unsere Vertreter haben ebenso eindeutig erklärt, daß ein Respektieren der Entwicklung zum Sozialismus durch Christen nur möglich ist, wenn die Sozialisierung in Formen durchgeführt wird, die die Grundsätze der Menschlichkeit wahren.“

Selbstverständlich wissen auch die Kirchen in der „DDR“, daß — abgesehen von aktuellen politischen Interessen, die mit der bevorstehenden Gipfelkonferenz zusammenhängen, und abgesehen von übersteigerten agrarwirtschaftlichen Produktionsplänen — hinter der ganzen Sozialisierungsaktion als treibendes Motiv das kommunistische Dogma von der Schaffung eines „neuen Menschen“ stand. Bischof Jänicke, Magdeburg, hat das vor der Synode der Kirchenprovinz Sachsen am 20. März d. J. unmißverständlich ausgesprochen:

„Wenn Menschen drangsalieren werden und sie dann, um den Quälereien zu entgehen, erklären, sie hätten sich freiwillig dazu entschlossen, ihr Eigentum aufzugeben, dann können wir als Kirche die Frage nicht verschweigen: Ist hier etwa die Idee oder die Ideologie in ihrer angemessenen Totalität größer als der Mensch? Zeigen sich hier nicht im Antlitz der Ideologie die Züge eines Abgottes, dem der Mensch geopfert werden muß? Abgötter haben es immer an sich, daß ihnen Menschen geopfert werden. Aber der wahre Gott, der Vater Jesu Christi, will das nicht. Ich sage das nicht allein um der Bauern willen, sondern ebenso sehr um der Menschen willen, die an ihnen handeln. Wer die Menschenwürde eines Bruders verletzt, wird dadurch selber unfrei und zum Sklaven des Abgottes. Wo aber Menschen gezwungen werden, gegen ihr eigenes Herz zu lügen, da ist ihre Würde verletzt. Das gilt nun wirklich nicht nur für einen Stand, und das gilt nicht einmal nur in der DDR, sondern in der ganzen Welt, in der Gottes Sonne scheint und freien und fröhlichen Menschen ihr Licht spenden will.“

Das ist nun freilich mehr als bloße Kritik an den angewandten Methoden. Aber der Unrechtsgehalt der erstrebten Gesellschaftsordnung selbst zwingt zu dieser Stellungnahme. Wenn sich die evangelische Kirche für die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland auf eine

absolute Trennung von Glaube und weltlicher Ordnung einlassen würde, könnte sie nie und nimmer im Westen eine „Sozialtheologie als Wurzelboden evangelischer Weisung“ vertreten und „Ratschläge für eine Sozialgestaltung aus christlicher Verantwortung“ (Martin Donath) geben.

Eigentum und Menschenbild

Die Entwicklung in der Zone wie die Probleme der pluralistischen Gesellschaft im Westen machen eine neue theologische Durchdringung der Eigentumsfrage notwendig. Nur vom christlichen Menschenbild her sind die Maßstäbe für eine evangelische Eigentumsethik zu

gewinnen. Dabei ist eine Reihe von Einzelfragen zu bedenken, von denen hier nur einige angedeutet seien: Arbeitsfreudigkeit und persönliche Initiative; Zusammengehörigkeit und Spannungsverhältnis von persönlichem Verfügungsrecht über das Eigentum und sozialer Verpflichtung des Besitzenden; Unterscheidung zwischen in Generationen erarbeitetem und erhaltenem Besitz, insbesondere auf dem Lande, und in Konjunkturzeiten schnell erworbenem Reichtum.

Unsere Betrachtung kehrt an ihren Ausgangspunkt zurück: Das Eigentumsverständnis ist einer der entscheidenden Faktoren in der Lebenswirklichkeit des Menschen. Auch hinter ihm muß darum ein überzeugendes Menschenbild stehen.

GEDANKEN ZUR ENTWICKLUNG IN MITTELDEUTSCHLAND

von Dipl.-Psychologe Siegfried Dübel, Bonn

Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands

Solange für Moskau noch Hoffnung bestand, die in Mitteldeutschland errichtete kommunistische Herrschaft ohne Anwendung kriegerischer Gewalt auf ganz Deutschland zu übertragen, spielte die Politik des Kreml gelegentlich noch mit dem Gedanken einer Wiedervereinigung Deutschlands. Sie rechnete darauf, daß der Westen sich zu einer Lösung bereithalten könnte, die es den deutschen Kommunisten ermöglicht hätte, auf dem Wege über eine gesamtdeutsche Koalitionsregierung zur Macht zu kommen. In einer solchen Regierung hätte man sicherlich großzügig auf den Ministerpräsidenten verzichtet, um das Innenministerium besetzen zu können und damit die innere Staatsgewalt in die Hand zu bekommen.

Bis dahin wurde auch beim Umbau der Gesellschaft in dem besetzten und beherrschten mitteldeutschen Raum noch ein Verzögerungsmoment eingeschaltet; man beschränkte sich auf die Enteignung der Industrie, der Großbauern, des bedeutenderen Verkehrsgewerbes und ähnlicher Wirtschaftsunternehmungen. Die Masse der Bauern, der Gewerbetreibenden und anderer „kleiner Kapitalisten“ blieb noch relativ ungeschoren; ihre selbständige Existenz wurde zwar durch Einzelmaßnahmen (Ablieferungssoll, Steuerpolitik, Staatsbeteiligung usw.) immer mehr erschwert, aber noch nicht in der Wurzel

angegriffen und zerstört. Vor allem aber nahm man an, daß die sozialistische Bewußtseinsbildung weite Schichten der Bevölkerung, besonders auch der Jugend, noch hinter den Umwandlungen im ökonomischen Bereich zurückblieb.

„Grünes Licht“ für Ulbricht

Seitdem die Moskauer Außenpolitik jedoch offen auf eine vorläufige internationale Fixierung der deutschen Spaltung hinausläuft, seitdem man versucht, mit allen diplomatischen und propagandistischen Mitteln im internationalen Raum die Zwei-Staaten-Theorie zur Geltung zu bringen, seitdem hat Ulbricht „grünes Licht“ erhalten für die nahezu völlige Umwandlung der Gesellschaft in Mitteldeutschland in eine „sozialistische Gesellschaft“ mit all ihren typischen Erscheinungsformen wie sie sich in Sowjetrußland und, zumindest ansatzweise, in den osteuropäischen Satellitenstaaten finden. Seitdem geht es unter Abwerfung fast aller innenpolitischen Tarnungen um die nackte Sozialisierung, um die „Befreiung“ der Menschen vom „Teufel Privateigentum“ um die Vollendung des „Aufbaus des Sozialismus“, mit dem bereits auf der 2. „Parteikonferenz“ der SED im Jahre 1952 begonnen wurde.

Bei diesem Sozialisierungsprozeß handelt es sich um radikale Veränderungen auf drei verschiedenen Ebenen:

1. um eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse im gesamten ökonomischen Bereich;
2. um eine Veränderung der gesellschaftlichen Lebensformen;
3. um eine Veränderung der geistig-seelischen Bewußtseinsformen in Denken, Fühlen und Handeln.

Das Dogma von der kommunistischen Endgesellschaft

Eigentlich müßte sich der Staatsapparat auf Maßnahmen in der ersten Ebene beschränken, da nach der Lehre des Marxismus alle geistig-seelischen und gesellschaftlichen Prozesse nur Folgeerscheinungen der jeweiligen Eigentumsverhältnisse sind. Das Privateigentum, insbesondere das an Produktionsmitteln, soll den ursprünglich guten Menschen böse gemacht haben, seine Beseitigung soll daher den Weg für die „Befreiung“ und „Erlösung“ des Menschen, für die Aufhebung seiner „Selbstentfremdung“ frei machen. Da der Mensch Produkt der ökonomischen Verhältnisse sei, genüge es, diese zu ändern, um auch den Menschen zu verwandeln. Die Annahme, daß eine solche Verwandlung zum Guten ausschlägt, beruht lediglich auf der wissenschaftlich längst widerlegten Vorstellung, daß die ursprüngliche menschliche Gesellschaft kommunistisch und der einzelne Mensch in ihr frei und gut gewesen sei. Wir wissen heute, daß niemand seiner selbst so unmächtig gewesen ist, wie der von Dämonen geplagte, den Naturgewalten hilflos gegenüberstehende frühzeitliche Mensch. Das lehrt allein schon die Wissenschaft von den Primitivreligionen.

Nach kommunistischer Vorstellung aber ist diese paradiesische Urwelt durch das Auftauchen des Privateigentums, durch das Egoismus, Friedlosigkeit und Gewalt entstanden, aufgehoben worden. Da nun nach der Hegelschen Logik, deren Denkschema von Marx und den Marxisten übernommen wurde, die Wirklichkeit sich in These, Antithese und Synthese entwickelt, wobei die Antithese die Verneinung der These und die Synthese die Wiedergeburt der These auf höherer Ebene infolge erneuter Verneinung ist, muß auf die als Antithese angesehene Privateigentumsgesellschaft (die verschiedene Stadien durchläuft) wieder eine positiv zu wertende kommunistische Gesellschaft als Endgesellschaft folgen. Allein der Glaube an diese Unausweichlichkeit des Prozesses ist den Kommunisten Rechtfertigung für die Vielzahl der furchtbaren, sich in der Wirklichkeit völlig antihuman auswirkenden Maßnahmen zur Umwandlung der Gesellschaft.

Leiden für eine Utopie

Nun ist in der Tat diese Veränderung im Besitzstand der Produktionsmittel in Mitteldeutschland nach Abschluß der Zwangskollektivierung nahezu völlig vollzogen. Der Mensch ist aber nicht anders geworden, wie man es nach der Ideologie hätte erwarten müssen. Die Schuld daran wird kurzerhand der noch bestehenden „kapitalistischen Umwelt“ zugeschoben; alle negativen Erscheinungen im sowjetischen Machtbereich werden von daher erklärt.

Es geht also um ein Dogma, in das die Menschen gezwängt werden sollen und um dessentwillen sie Unendliches zu leiden haben. Je weiter aber der sogenannte

Aufbau des Sozialismus vorangetrieben wird, um so gewisser wird es, daß das Ziel, die klassenlose ausbeutungsfreie kommunistische Gesellschaft, eine Utopie ist und deshalb das Leiden im Grunde umsonst geschieht. Es ist interessant zu beobachten, wie die kommunistische Endgesellschaft immer weiter hinausgeschoben wird. Gehörten für Marx und Engels sozialistische und kommunistische Gesellschaft noch unmittelbar zusammen, so wurde durch Stalin der Sozialismus zu einer besonderen geschichtlichen Phase. Heute, nachdem der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion abgeschlossen ist, ist man dabei, wiederum eine neue Phase des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus zu erfinden. Der Kommunismus wird erneut vertagt. So liegt der Verdacht nahe, daß die kommunistische Ideologie für die Machthaber selbst immer mehr zum bloßen Herrschaftsmittel wird.

Veränderung des Menschen

Wie dem auch sei — es wäre falsch, bei der Beurteilung der Vorgänge in Mitteldeutschland das Hauptgewicht den wirtschaftlichen Maßnahmen beizulegen. Sie sollen nur ein Mittel zur Gesellschaftsveränderung sein. Es geht im letzten um eine Veränderung des Menschen und seiner Lebensformen. Deshalb ist den Enteignungsmaßnahmen ein Kampf gegen die alten Lebensformen parallel geschaltet. Er richtet sich insbesondere gegen die christlichen Traditionen unseres Volkes, die durch atheistische gesellschaftliche Formen ersetzt werden sollen. Objekt dieses Kampfes wird allmählich auch die natürliche Lebensgemeinschaft der Familie, die, vor allem zunächst auf dem Lande, immer mehr von „Wohngemeinschaften“ abgelöst werden soll. Allerdings legt man sich hier — im Gegensatz zu China — mit Rücksicht auf den sowjetischen Herrn, der in dieser Frage bisher nicht sehr weit gegangen ist, noch eine gewisse Zurückhaltung auf.

„Geborgenheit im Kollektiv“

Von entscheidender Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Bemühungen um die Kollektivbildung. So wird z. B. nur noch in „Brigaden“ gearbeitet oder in Gruppen studiert bzw. in der Schule gelernt. Die Individualität des Menschen soll zugunsten eines manipulierbaren Kollektivwesens aufgehoben werden. Im Hintergrund steht dabei immer das „pädagogische“ Ziel, das Makarenko einmal so formuliert hat: „Es geht bei der sowjetischen Erziehung um die Schaffung einer letzten Geborgenheit im Kollektiv.“

In diese Richtung gehört auch die jetzt stark propagierte „Ganztagserziehung“, die in drei Etappen verwirklicht werden soll. Das bedeutet, daß die Kinder bis zum Abend unter der Aufsicht kommunistischer Erziehungsfunktionäre zusammengehalten und so der Familie weitgehend entfremdet werden.

Wie stark der Staat durch gesetzliche Maßnahmen in die Ehe und in die Familie hineinregiert, zeigt ferner das neue Familienrecht, das zwar erst in bezug auf die Ehe Gesetz ist, aber auch in seinen anderen Paragraphen in der Rechtsprechung bereits praktiziert wird. Um die Mitarbeit der Frau im Wirtschaftsprozeß zu sichern, wird ihr das Recht zugestanden, einen eigenen Wohnsitz zu gründen, wenn es ihre „gesellschaftliche“ Tätigkeit erfordert. Das Sorgerecht über die Kinder kann entzogen werden,

wenn die Erziehung im sozialistischen Sinne nicht ausreichend gesichert erscheint.

Wird die Familie auch — entgegen den ursprünglichen marxistischen Vorstellungen — noch nicht völlig zugunsten von kollektiven Lebensformen aufgelöst, so soll sie doch wenigstens innerlich umgewandelt werden in ein Miniaturkollektiv, das im Auftrage von Partei und Staat für den Sozialismus arbeitet und Kinder zeugt und erzieht.

„Sozialistische Bewußtseinsbildung“

Mit der „sozialistischen Bewußtseinsbildung“, auf die alles zielt, ist gemeint, daß die Menschen die neue Ordnung in Staat, Wirtschaft und Kultur, wie auch die daraus resultierenden gesellschaftlichen Lebensformen äußerlich und innerlich bejahen, vertreten und nicht zuletzt auch militärisch „verteidigen“. Es hat sich jedoch erwiesen, daß das Bewußtsein der Menschen nach wie vor anderes zum Inhalt hat als das, was die Kommunisten sich erhoffen. Daher ist eine umfassende Propaganda vonnöten, um wenigstens äußerlich eine Ausrichtung der Menschen nach dem ideologischen Dogma zu erreichen. Und daher hat es auch niemals eine im marxistischen Sinne echte kommunistische Revolution gegeben.

Daß in Mitteldeutschland wie in allen Ostblockstaaten die kommunistische Herrschaft nur unter dem Druck der sowjetischen Militärmacht errichtet werden konnte, ist zur Genüge bekannt. Viel seltener wird aber daran erinnert, daß auch in Rußland die sogenannte glorreiche sozialistische Oktoberrevolution keine echte kommunistische Revolution war. Hatte Marx noch in seinem „Manifest“ für die kommunistische Bewegung dargelegt, daß sie mit offenem Visier kämpfen würde („Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ziele zu verbergen“), so ist festzuhalten, daß Lenin die Revolution nur gelang, weil er ganz bewußt die marxistischen Parolen hinter kleinbürgerlichen Vorstellungen, mit denen er die Masse der russischen Bauern und Arbeiter lockte, verbarg. Die kommunistischen Parolen hätten lauten müssen: Weltrevolution und Landenteignung bzw. -verstaatlichung. Statt dessen benutzte Lenin die Parolen: Frieden und Landverteilung.

Geschichtliche Perspektiven

Die Erinnerung an diesen Sachverhalt ist aber nicht nur deshalb von Bedeutung, weil die geschichtlichen Perspektiven im Blick auf die Sowjetunion selbst zurechtgerückt werden müssen, sondern ebenso sehr darum, weil die Parolen, deren sich die kommunistische Propaganda in Mitteldeutschland zunächst bediente, genau das wiederholten, was in Rußland anfangs verkündet worden war. Als 1945 die Bodenreform durchgeführt wurde, erklärte man ebenfalls feierlich, daß man eine Landverteilung wolle, und bezeichnete jeden als einen „Saboteur am demokratischen Aufbau“, der zu äußern wagte, daß diese Bodenreform nur eine Vorstufe zur späteren Kollektivierung sein werde. In der Tat folgte dann auch die Enteignung der Bauern erst nach einem ähnlich großen Zeitabschnitt, wie er in der Sowjetunion zwischen der Leninschen Revolution von 1917 und der Stalinschen Vernichtung des Bauerntums in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre lag.

Aber selbst mittels unzähliger propagandistischer Tarnparolen ist es den Kommunisten in Mitteldeutschland zu keiner Zeit gelungen, auch nur eine gewisse Breitenwirkung im Bewußtsein der mitteldeutschen Bevölkerung zu erzielen. Gerade in der Arbeiter- und Bauernschaft, deren Interessen die kommunistischen Machthaber als die „neuen Auserwählten der Geschichte“ (nirgends wird die Nähe zur SS-Ideologie so deutlich wie in der Leninschen Kadertheorie; gemeinsame Wurzel ist die Elitetheorie Pareto's) angeblich vertreten, sind die Antipathien gegen das System nicht nur nicht vermindert worden, sondern ständig gewachsen.

Enteignung und Entpersönlichung

Diese Tatsache wird nicht zuletzt dadurch beleuchtet, daß man dazu übergeht, die mit der neuen Schulreform eingeführte Arbeit der Schulkinder in der Produktion an einem Tage in jeder Woche nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, in enger Verbindung mit der Arbeiterschaft durchzuführen, sondern die Schüler in besonderen Lehrräumen im Betrieb unter der ausschließlichen Aufsicht ausgesuchter Funktionäre zusammenzufassen. Die Klagen darüber, daß die Arbeiter die jungen Menschen politisch „verderben“, nehmen immer mehr zu. Darum verstärkt das Regime seine Bemühungen, die gesamte Bevölkerung, vornehmlich aber die Jugend, einem geistigen Erziehungsprozeß zu unterwerfen, dem sich der Einzelne zumindest äußerlich kaum noch entziehen kann. Neben die wirtschaftliche Enteignung soll durch die „sozialistische Bewußtseinsbildung“ die geistig-seelische Entpersönlichung treten. Der Mensch soll in ein Wesen umgeformt werden, das nur noch dem Kollektiv dient und sich selbst als Teil des Kollektivs versteht — ganz in dem Sinne, in dem Lenin einmal die sozialistische Gesellschaft mit einem Termitenstaat verglichen hat. Hier zeigt sich mit krasser Deutlichkeit der eigentliche Anschlag des Systems auf den Menschen.

Was wir tun können!

So beunruhigend und bestürzend es auch immer auf neue ist, wir vermögen auf die ökonomischen und machtpolitischen Vorgänge in Mitteldeutschland keinen Einfluß zu nehmen. Anders hingegen steht es im Bereich der geistigen Auseinandersetzung. Und in diesem Bereich fällt letzten Endes die Entscheidung darüber, ob eine Wiedervereinigung in Freiheit möglich und weltpolitisch notwendig bleibt.

Ob und in welchem Maße wir die hier trotz der Pankower Abschnürungsmaßnahmen gegebenen Chancen nutzen, hängt von der Initiative aller politisch tätigen und mitverantwortlichen Menschen in der Bundesrepublik ab. Je mehr wir zur Festigung des Widerstandes gegenüber den Versuchen der SED, das Bewußtsein der mitteldeutschen Bevölkerung in ihrem Sinne zu ändern, und zur Erhaltung des gemeinsamen Denkens und Fühlens beider deutscher Volksteile — insbesondere der Jugend hüten wie drüben — beitragen, desto gewisser dürfen wir sein, daß die deutsche Frage ein gewichtiger Punkt auf der Tagesordnung der internationalen Politik bleibt, und desto eher wird auch im Kreml die Erkenntnis reifen, daß man auf die Dauer ein Volk nicht gegen seinen erklärten Willen getrennt halten kann.